

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 10. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum:	9. April 2025
Sitzungsort:	Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer:	18.00 – 20.50 Uhr

Präsenz Einwohnerrat:	Vorsitz	Stephan Wolf, Präsident Einwohnerrat Gemäss Präsenzliste
Gemeinderat:		Franz Vogt, Präsident Andreas Bammatter Biljana Grasarevic Philippe Hofmann Christoph Morat Silvia Stucki Robert Vogt
Gemeindeverwaltung:		Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung Rudolf Spinnler, Jurist Jonas Stettler, Jurist
Anwesend:		Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Hanna Kirchhofer, Patrick Kneubühler, Laura Neuhaus, Urs Poživil, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Lucca Schulz, Louis Seifried, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Walder, Olivier Waldner, Stephan Wolf
Entschuldigt:		Melanie Butz, Niklaus Morat, Anja Oser, Corinne Probst, Miriam Schaub, Louis Seifried, Tim Söllick
2/3-Mehrheit:		18.00 Uhr 31 Anwesende = 21 18.15 Uhr 32 Anwesende = 22 18.45 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderats vom 16.10.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt vom 18.2.2025, betreffend **Beantwortung Motion betreffend Strategie Schulraumentwicklung Zeithorizont 10 Jahre**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4542B / C
2. Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2025, betreffend **Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und Beantwortung der Motion von Matthias Häuptli, GLP und Urs Poživil, FDP, betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen, 1. Lesung**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4181C
Geschäft 4678 / A
3. Bericht des Gemeinderats vom 18.12.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 26.2.2025, betreffend **Bau- und Strassenlinienplan linksufriges Bachgrabengebiet Elsässerweg – Mutation Lachenstrasse – Teilstück Kiesstrasse bis Landesgrenze**
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4762 / A
4. Zwischenbericht zur Motion von Urs Poživil, FDP-Fraktion, Henry Vogt, SVP-Fraktion, Pascale Uccella, AVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 24.4.2024, betreffend **Totalrevision Gemeindeordnung**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4728 / A
5. Bericht des Gemeinderats vom 26.2.2025, zum Postulat von Matthias Häuptli, GLP, vom 14.9.2022, betreffend **Allschwils Geschichte virtuell erfahrbar machen**
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4640 / C

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 9 vom 19. März 2025

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Stephan Wolf

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich bitte euch alle, Platz zu nehmen, und begrüsse euch gleichzeitig zur heutigen Einwohnerratssitzung. Schön, dass ihr alle da seid. Begrüsse möchte ich selbstverständlich auch den Gemeinderat, der heute vollständig anwesend ist, die Vertreter der Medien sowie die Zuschauer. Ganz speziell möchte ich, und da habe ich riesige Freude, den Einwohnerratspräsidenten der Gemeinde Reinach, Paul Meier, begrüssen, der unserer heutigen Einwohnerratssitzung beiwohnen möchte. Herzlich willkommen – ich wünsche Ihnen viel Spass bei der heutigen Sitzung.

Entschuldigt für heute haben sich Anja Oser, Tim Söllick, Miriam Schaub, Corinne Probst, Louis Seifried und Niggi Morat. Gibt es noch weitere Entschuldigungen? Wie ich gerade erfahren habe, hat sich Melanie Butz auch entschuldigt. Verspäten wird sich Philipp Reck. Damit möchte ich Rudolf Spinnler bitten, die Absenzenkontrolle durchzuführen. Danke vielmals für die Präsenzkontrolle.

Wir kommen zu den Mitteilungen des Präsidenten vom Einwohnerrat. Zuerst möchte ich euch gerne den **neuen Juristen der Gemeinde Allschwil** vorstellen. Das ist **Jonas Stettler**, er sitzt gleich neben Ruedi Spinnler. Ihr habt ja alle mitbekommen, dass **Ruedi Spinnler** per Ende April, wenn ich es richtig im Kopf habe, in seinen wohlverdienten **Ruhestand** gehen wird. Als Nachfolger konnten wir Jonas Stettler gewinnen. Ich wünsche Jonas Stettler viel Befriedigung in seinem neuen Beruf und dass es ihm in der Gemeinde Allschwil gefallen wird.

Dann noch die übliche Mitteilung, die jedes Mal kommt: Nach der Sitzung bitte den Saal zügig verlassen, damit er geräumt werden kann, und sich ins Foyer begeben. Dort darf selbstverständlich weiterdiskutiert werden. Für den Hauswart aber ist es wichtig, dass der Saal anschliessend geschlossen werden kann.

Wir kommen zu den **dringlichen Interpellationen**, es liegen **keine** vor.

Allerdings eine **dringliche Motion**. Sie liegt auf dem Visualizer auf. Ich glaube, die meisten von Ihnen haben sie auch bereits schriftlich erhalten. Es ist das

- Einwohnerratsgeschäft **4783**, dringliche Motion der **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, vom 29. März 2025, zur **Stabilisierung der Finanzen**.

Ich würde gerne dem Motionär, bzw. weil es die FIREKO selbst ist, dem Präsidenten der FIREKO, gerne das Wort erteilen, um sich zu dieser Motion zu äussern, und vor allem auch um die Dringlichkeit zu begründen.

Mark Aellen, FIREKO-Präsident: Geschätzte Anwesende. Wir haben uns in den vorhergehenden Sitzungen viel über den Schulraum unterhalten. Der Einwohnerrat hat auch eingestanden, dass es Sinn macht, wenn wir die Schulraumplanung vorantreiben, dass wir gleichzeitig einen Massnahmenkatalog erstellen. In diesem Umfeld decken wir alle Ausgabenkompetenzen des Schulraums ab. Wir haben aber noch relativ viele Kompetenzen ausserhalb des Schulraums, die wir abdecken müssen. Man hat uns in der Tragbarkeitsstudie klargemacht, dass noch weitere 120 Mio. fällig sind. Von der FIREKO aus gesehen ist es sehr dringlich, dass wir es in gleichem Ausmass angehen, so wie wir auch den Schulraum angehen. Wir haben bereits ein Anzeichen auf Investitionsstau, wir haben Anzeichen auf strukturelle Defizite. Das einmalige oder vielleicht auch ein etwas länger jähriges Hoch, welches wir gerade erlebt haben, weil juristische Personen plötzlich mehr Steuern bezahlen, als jedermann gedacht hatte, deckt diese Summen nicht vollständig ab. Somit haben wir schon mal eine Bewegung, die wir für den Schulraum machen. Dann macht es doch sogleich Sinn, in demselben Aufwisch auch die andere Seite zu machen, und deshalb ist sie dringlich. Denn, wenn wir nun zuwarten würden, müsste diese Motion den normalen Weg gehen, laufen wir das Risiko, dass dasselbe geschieht wie bei der Risikoeinführung, bei der es ziemlich lange dauerte, bis sie überhaupt endlich im Rat war, und erst dann sechs Monate behandelt wurde, und er erst dann zu einem Schluss kam, dass man sie vielleicht machen sollte, mit dem Fakt, dass wir sie heute noch immer nicht haben.

Dies ist auch der Grund, weshalb wir in der Motion verlangen, dass wir dieses Mal als FIREKO aufzeigen: Wir haben jetzt keine Geduld mehr. Es ist nun wirklich eine dringliche Sache. Wir erhielten schon

mehrfach Schätzungen vom Gemeinderat erhalten, die uns zeigen, dass sie nicht wirklich in die Tiefe gehen, ausser sie müssen. Insofern wollen wir auch eine Begleitkommission verlangen. Ob wir dieses Recht haben oder nicht, liegt eigentlich an euch. Ihr könnt es befürworten oder nicht. Es ist in der Motion. Dies sind die Beweggründe, weshalb wir die Motion gestellt haben und weshalb sie dringlich ist. Danke schön für die Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Ich sehe, dass Gemeinderat Robert Vogt, seines Zeichens Finanzminister, ein Wortbegehren hat. Ich gebe dir das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Der Gemeinderat hatte heute die Möglichkeit, über die dringliche Motion zu beraten, und stellt fest, weil die Schulraumplanung bereits in einem Jahr grosse Investitionen auslösen wird, sollte man diese Frage über die Finanzierung möglichst rasch klären. Deshalb sind wir der Meinung, dass man diese Motion nun durchaus dringlich einreichen sollte.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich jetzt über die besagte Dringlichkeit **abstimmen** lassen. Es braucht dafür eine 2/3-Mehrheit. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, möge bitte jetzt die blaue oder gelbe Karte erheben. Danke vielmals. Wer sie nicht als dringlich erklären möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Das ist relativ schnell ausgezählt. Noch die Enthaltungen! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, mir das Ergebnis vorzutragen.

://:

Sie haben, ohne dass ich gross rechnen muss, die **Dringlichkeit** bei 30 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung **bejaht**. Damit ist die 2/3-Mehrheit deutlich erreicht.

Somit werden wir nach der Pause über die Überweisung dieser Motion beraten und abstimmen. Weitere dringliche Vorstösse habe ich keine.

Aber es gibt noch einen weiteren **Vorstoss**. Das ist

- ER-Geschäft Nr. **4784, Interpellation** von **Christian Jucker**, der Grünliberalen Partei, vom 4. April 2025, zu den **Gesamtkosten der Storenanlage im Gartenhof**.

Ich frage Christian Jucker sogleich an, ob er etwas zu dieser Interpellation sagen möchte. Er schüttelt mit dem Kopf. Somit gehe ich davon aus, dass er nichts sagen möchte.

Wir kommen zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste allen rechtzeitig zugestellt wurde. Es ist jenes Papier, welches Sie in der Post oder im Mail hatten. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es zu dieser Traktandenliste Änderungsbegehren gibt, wiederum mit dem Hinweis, dass gemäss § 68 unserer Geschäftsordnung nur die Veränderung der Reihenfolge beantragt werden kann oder die Absetzung einzelner Traktanden, aber keine Hinzufügungen von weiteren Traktanden. Ich habe zuvor gesehen, Matthias Häuptli hat ein Wortbegehren gestellt. Deshalb gebe ich ihm jetzt das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte **beantragen**, dass man das **Traktandum 5**, das Postulat Allschwils Geschichte virtuell erfahrbar machen, heute **absetzt**. Der Grund ist: Das Postulat und vor allem die Beantwortung haben einen engen Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des Heimatmuseums. Ich glaube, es wäre sinnvoll, dass man das Postulat dann behandelt, wenn diese auch tatsächlich geschehen ist. Dies wird in zehn Tagen der Fall sein. Dann kann man sich ein Bild davon machen, was da entstanden ist, und in Kenntnis dessen auch das Postulat beraten. Deshalb beantrage ich die Absetzung dieses Traktandums, damit wir es das nächste Mal behandeln können. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön auch. Der Vollständigkeit halber frage ich den Rat: Gibt es zu diesem Antrag noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich diesen Antrag nun zur **Abstimmung** bringen, mit dem Hinweis, dass das einfache Mehr genügt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, bitte die Karte jetzt erheben. Dann noch die Enthaltungen!

://:

Ich stelle fest, dass diesem **Antrag** grossmehrheitlich, bei einer Enthaltung **zugestimmt** wurde, und daher wird das **Traktandum 5** heute nicht behandelt, also von der Traktandenliste **abgesetzt**.

Stephan Wolf, Präsident: Gibt es weitere Anträge, welche die Traktandenliste betreffen? Das ist nicht der Fall. Damit wäre die **Traktandenliste** jetzt **bereinigt**. Allfällig spätere Abänderungsbegehren bräuchten dann nach § 68 unseres Geschäftsreglements eine 2/3-Mehrheit. Ich fahre weiter mit Traktandum 1.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderats vom 16.10.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt vom 18.2.2025, betreffend Beantwortung Motion betreffend Strategie Schulraumentwicklung Zeithorizont 10 Jahre
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4542B / C

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerliste sieht nach § 75 unserer Geschäftsordnung wie folgt aus: Zuerst würden die Ausführungen des Präsidenten der Kommission für Bau und Umwelt erfolgen, anschliessend noch eventuell weitere Ausführungen des Präsidenten der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, dann die Ausführungen des Gemeindepräsidenten Franz Vogt, bevor dann die Vertreter, also die Sprecher und Sprecherinnen der Fraktionen zum Zug kommen, und dann die allgemeine Rednerliste eröffnet wird. In diesem Sinne erteile ich das Wort nun an Matthias Häuptli, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt.

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Das Anliegen der Motion ist, dem Einwohnerrat die Entwicklung der Schülerzahlen der letzten 20 Jahre in Korrelation mit dem Bevölkerungswachstum der Gemeinde und ein Szenario für die Schulraumplanung mit den Schülerzahlen für die nächsten 10 Jahre aufzuzeigen. Nun ist es so, dass der Gemeinderat im Herbst 23 die Ergebnisse aus dem Projekt Schulraumplanung die Gesamtstrategie 2023-37 vorgelegt hatte. In diesem Projekt wurden durch eine externe Beratungsfirma Prognosen für die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen der Primarstufe und für die Klassenzahlen bis zum Jahr 2037 erstellt. Man hat daraus den Schulraumbedarf ermittelt und eine Gesamtstrategie entwickelt, an welchem Ort und in welchem Umfang es zusätzlichen Schulraum benötigt. Überdies wurde die Eckhaus AG, die externe Firma, mit einem laufenden Monitoring der Entwicklung der Schülerzahlen beauftragt. Damit ist, ungeachtet der Geschichte, die sich mit dieser Strategie entwickelt hatte, das Anliegen der Motion erfüllt. Die KBU beantragt dem Einwohnerrat daher einstimmig, die Motion als erledigt abzuschreiben. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Nun frage ich den Präsidenten der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, Mark Aellen, an, ob er auch noch etwas dazu sagen möchte. Ich sehe, dass er mit dem Kopf schüttelt - ich erwähne dies zuhänden des Protokolls. Somit würde ich das Wort nun gerne Gemeindepräsident Franz Vogt erteilen.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Der Präsident der KBU nahm zuvor eigentlich alles vorweg. Ich meine, diese Motion sei tatsächlich beantwortet. Wir haben uns ja an der letzten Sitzung sehr ausführlich über dieses Thema ausgetauscht. Dessen liegt auch die neueste Studie der Eckhaus AG vor, und die neuesten Schülerprognosen wurden dem Gemeinderat und auch den Präsidenten von Schulrat und Musikschulrat vorgestellt. Ich glaube, es gibt nicht mehr zu sagen. Der Gemeinderat beantragt Ihnen die Abschreibung dieser Motion.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Damit kämen wir zu den Fraktionsvertreterinnen und -vertretern und zur allgemeinen Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die entsprechende Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen. Somit wäre auch gleich wieder die ... – Entschuldigung, Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich habe gewartet, bis sich die Fraktionen nicht mehr melden. Wir haben gehört, dass die Motion verlangt, dass man das Monitoring macht. Dies wird auch getan. Was der Einwohnerrat sich natürlich auch wünschen würde, dass auch wir Zugriff auf die Monitoring-Daten erhalten. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend ist die Rednerliste somit erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Wir würden jetzt zu den **Anträgen der Kommission für Bau und Umwelt** übergehen, gemäss § 77 Abs. 3, der besagt, dass, wenn ein Bericht aus einem Antrag besteht, nur eine Gesamtberatung und am Schluss die **Abstimmung** stattfinden. Die Anträge finden Sie auf der Seite 4 des Kommissionsberichts. Dieser lautet:

Die Motion betreffend die Strategie der Schulraumentwicklung, Zeithorizont 10 Jahre, Geschäft 4542, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Auch nicht.

:::

Dann stelle ich fest, dass diesem **Antrag** einstimmig **zugestimmt** wurde.

Der Vollständigkeit halber kommen wir noch zur **Schlussabstimmung** über das ganze Geschäft gemäss § 84 unserer Geschäftsordnung. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben! Dann noch die Enthaltungen!

:::

Somit stelle ich fest, dass das **Geschäft als Ganzes** einstimmig **abgeschlossen** wurde.

Wir kommen zum Traktandum 2.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2025, betreffend
Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und
Beantwortung der Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Urs Poživil, FDP,
betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4181C/ Geschäft 4678 / A

Stephan Wolf, Präsident: Da es sich heute um die 1. Lesung handelt, wird die Synopse des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung behandelt. Ich frage den Rat als Erstes an: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann können wir auf dieses Geschäft eintreten. Somit möchte ich den Gemeinderat Philippe Hofmann bitten, zuerst seine Ausführungen darzulegen. Ich erteile ihm zu diesem Zweck das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke vielmals fürs Wort. Ihnen liegt die schriftliche Antwort zu beiden erwähnten Geschäften, 4181 und 4678,

Teilrevision des Parkraumreglements, sowie zur Motion, Parkkarten für Allschwiler Unternehmen, von Matthias Häuptli und Urs Poživil vor. Den Motionären geht es darum, dass für Allschwiler Unternehmen eine Parkkarte geschaffen werden soll, da gegenwärtig Allschwiler Unternehmen für ihre eigenen Fahrzeuge keine Parkkarte erhalten können, weil diese ja nur an natürliche, in Allschwil wohnhafte Personen ausgestellt wird. Damit wird moniert, dass es sich um eine Benachteiligung handelt, die zu beheben ist. Richtigerweise wird auch darauf hingewiesen, dass in der Fassung aus dem Jahr 2015 unter § 5 enthalten war, dass eine solche Karte hätte geregelt werden müssen. Dass die Unternehmerparkkarten in der Version 2019 nicht mehr weiterverfolgt wurden, war der kantonalen Gewerkekarte geschuldet, die bei der MFK beantragt werden konnte. Es hat sich aber dann doch gezeigt, dass dies nicht der Weisheit letzter Schluss war. Schliesslich hat man bei der Einführung bemerkt, dass vor allem bezüglich ausserkantonale immatrikulierter Geschäftsfahrzeuge ein Bedarf besteht, denn für solche Fahrzeuge kann man nun auch keine Anwohnerparkkarte beantragen.

Diesem Missstand ist man nun also begegnet. Somit haben wir § 4 angepasst und auch mit Abs. 1 a), der an dieser Stelle ergänzt wurde. Der entsprechende Wortlaut liegt Ihnen in der Antwort, in der Synopse, die wir nachher sicher besprechen werden, vor. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass damit der Motion Folge geleistet wird und es tatsächlich ein Versäumnis in der bisherigen Reglementierung dieses Parkraumreglements gab, nicht abgebildet werden konnte, was wir somit hätten korrigieren können. Der Gemeinderat beantragt Ihnen daher, gestützt auch auf diese Ausführungen, den Ihnen vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wir kämen nun noch zur allgemeinen Beratung. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste entsprechend zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Noëmi Feitsma!

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir stellen einen **Ordnungsantrag**. Und zwar beantragen wir die **Überweisung dieses Geschäfts an eine Kommission**. Der Grund ist, dass wir nun über eine Änderung eines Reglements diskutieren und in der Regel würde ein solches Reglement zuerst durch eine Kommission vorab beraten werden. Ich würde mir wünschen, dass die KSD es zuerst noch einmal anschaut und einen Bericht erstellt, und wir es dann noch einmal besprechen. Vor allem, weil man mit § 4 nicht nur den Wunsch der Motion erfüllt, sondern etwas völlig Neues eingebaut wurde. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Noëmi Feitsma. Wir nehmen diesen Ordnungsantrag entgegen. Ich möchte aber noch kurz zu bedenken geben oder mitteilen, dass dieses Geschäft bereits von einer Spezialkommission angeschaut wurde. Dies ist der Grund, weshalb das Büro entschieden hatte, es direkt zu bringen. Dies nur am Rande bemerkt. Ich habe gesehen, dass Gemeinderat Philippe Hofmann wahrscheinlich auch zu diesem Ordnungsantrag etwas sagen möchte.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich kann mich nur kurz dazu äussern. Einerseits ist es tatsächlich der Fall, dass wir hier nur von einer Teilrevision eines Gesetzes sprechen, und die grosse Masse wurde bereits in einer Kommission, die extra dazu gebildet wurde, besprochen. Diesem Wunsch wurde also ursprünglicherweise bereits Folge geleistet. Zweitens möchte ich Noëmi Feitsma direkt zu meinen Händen bitten zu sagen, was denn in diesem § 4 völlig neu ist, was geregelt werden soll. Vielleicht handelt es sich einfach um ein Missverständnis, welches man einfach klären kann, ohne dass man eine Kommission bemühen müsste. Vielleicht gelingt mir das ja.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich habe gesehen, Florian Spiegel wollte auch noch etwas sagen. Sofern es um den Ordnungsantrag geht, ist es in Ordnung, dann erteile ich dir das Wort.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Wir können dem Antrag, dem Ordnungsantrag, grundsätzlich Sympathie abgewinnen. Auch zur Präzisierung: Wir sind auch der Meinung, die Spezialkommission nahm damals die grundsätzliche Ausarbeitung, die Teilrevision war nicht mehr in einer Spezialkommission. Dies ist schon recht, denn zuvor war es ein wenig verwirrend. Das, was wir jetzt vorliegend haben, war in keiner Spezialkommission. Wir können insofern folgen und finden, es wäre auch die richtige Kommission, aus dem Grunde, dass wir eben auch zwei, drei Fragenzeichen haben, wie dass man andere Ansätze zwischen den Gewerbeparkkarten und den Unternehmerparkkarten unterscheidet, dass die Thematik der Parkkartenvergabe bei den Unternehmerparkkarten bislang nicht geregelt ist. Man wollte damals extra

einen Schlüssel festhalten, damit wir es im Griff haben. Dies wollte diese Spezialkommission. Davon sehen wir auch nichts.

Und genau dieser Punkt von in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugen finden wir auch, es gibt Diskussionsbedürfnis. Alleine aus dem Grund, weil wir hier einen anwesenden Einwohnerrat haben, der genau dieses Beispiel aufzeigt: Ein Fahrzeug, welches bei einer städtischen Firma in Basel-Stadt eingelöst war, und dann von der Polizei eine Meldung erhalten, wenn er es über Nacht in Allschwil hat, dann müsse er es in BL anmelden. Diese Praxis, welche unsere Gemeinde und unser Kanton somit verfolgt, widerspricht dem, was wir nun im Reglement haben wollen. Deshalb denken wir, es ist absolut sinnvoll, wenn man es dieser Kommission überweisen würde, um genau solche Punkte zu klären.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Matthias Häuptli möchte auch noch etwas zum Ordnungsantrag sagen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte einfach als einer der beiden Motionäre auch etwas zum Ordnungsantrag sagen. Im Grundsatz bin ich schon zufrieden, dass es nun so kommt. Ich glaube aber, im Detail wäre es tatsächlich wert, dass man das Reglement noch anschaut, und zwar auf eine Art und Weise, wie wir hier sicher nicht gewährleisten können, was eine Kommission vornehmen muss. Ich habe das Gefühl, die Regelung sei mit den verschiedenen Kategorien etwas übermässig kompliziert, gerade zu diesem Thema, welches der Vorredner angesprochen hat, den gewerbegenutzten Fahrzeugen, die über Nacht irgendwo am Wohnort des Arbeitnehmers parkiert werden. Die Probleme würde man einfacher schlagen, wenn man einfach das Prinzip hätte, dass, wenn alle Fahrzeuge, die in Allschwil immatrikuliert sind, egal ob sie einem Allschwiler Gewerbe oder einem Privaten gehören oder jemandem, der es über Nacht nach Hause nimmt, wo es eben am Wohnsitz immatrikuliert werden müsste, grundsätzlich berechtigt wären, auch in Allschwil zu parkieren. Wenn man also diesen Grundsatz umsetzen würde, dass man am Standort, der im Fahrzeugausweis steht, auch für die Parkkarte berechtigt ist, wäre es wahrscheinlich etwas einfacher. In diesem Sinn glaube ich auch, dass es sinnvoll wäre, es an die Kommission zu überweisen. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wenn keine weiteren Wortmeldungen ... Doch, Entschuldigung, Gemeinderat Philippe Hofmann bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Nur kurz zur Präzisierung, einfach, damit keine falschen Erwartungen entstehen. Die Immatrikulation erfolgt nicht kommunal, sondern kantonale. Was zuvor erwähnt wurde, ein Fahrzeug, das in Allschwil immatrikuliert sei – das Fahrzeug ist nicht in einer Gemeinde immatrikuliert, sondern in einem Kanton. Dies genau ist der springende Punkt, den wir hier lösen. Das Problem liegt bei der MFK, denn sie sagt nämlich, mir ist egal, in welcher Gemeinde du wohnst und wo dein Auto steht und wo sich deine Firma befindet. Das interessiert mich nicht. Die Lösung geht nur bei ausserkantonalen Regelungen. Aber genau bei denen, die innerkantonal sind und keine Karte beantragen können, haben die Schwierigkeit, dass die MFK dies aufgrund der kantonalen Immatrikulation und der nicht Vorhersehbarkeit von kommunalen Einträgen im Fahrzeugausweis nicht regeln kann. Genau deshalb haben wir es mit den § 5 und 4 so geregelt. Diesem Wunsch wurde bereits nachgekommen. Es ist drin. Vielleicht benötigt es ein wenig Erklärungsbedarf, dass es so ist, wie es genau zu verstehen und ausgelegt ist. Wenn dem so ist, wehre ich mich selbstverständlich nicht, dass es in eine Kommission geht, diese Fälle aber sind bedacht und abgebildet.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Wenn es nun keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich diesen **Ordnungsantrag von Noëmi Feitsma** gerne zur **Abstimmung** bringen und einfach der Vollständigkeit halber noch einmal nachfragen, ob ich es richtig verstanden habe, es soll der Kommission für Bau und Umwelt überwiesen werden. Ist das richtig?

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Nein, das ist falsch. Wir erachten die KSD als am sinnvollsten.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, ich habe es mir falsch notiert, deshalb habe ich sicherheitshalber noch einmal nachgefragt. Wer diesem Ordnungsantrag folgen und das Geschäft vor der Beratung durch den Einwohnerrat noch der KSD überweisen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben! Danke vielmals. Und Enthaltungen! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Resultat nach vorn zu bringen.

://:

Sie haben diesem **Ordnungsantrag** mit 24 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen **entsprochen**.

Somit wird das Geschäft an dieser Stelle der Kommission für Sicherheit und Dienste überwiesen.

Ich habe nun die Kommission ausgesprochen, weil wir heute hohen Besuch aus Reinach haben, und ich nicht weiss, ob die Abkürzungen von uns mit jenen von Reinach kompatibel sind. Damit kommen wir zu Traktandum Nr. 3.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderats vom 18.12.2024, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt vom 26.2.2025 betreffend Bau- und Strassenlinienplan linksufriges Bachgrabengebiet Elsässerweg – Mutation Lachenstrasse – Teilstück Kiesstrasse bis Landesgrenze
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4762 / A

Stephan Wolf, Präsident: Zuerst stelle ich dem Rat die Frage, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall, dann können wir auf dieses Geschäft eintreten. Die Rednerreihenfolge gemäss § 75 Geschäftsreglement sieht wiederum wie folgt aus: Zuerst würden die Ausführungen des Präsidenten der Kommission für Bauwesen und Umwelt, Matthias Häuptli, erfolgen, anschliessend die Ausführungen des Gemeinderats Andreas Bammatter, bevor die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen und anschliessend die allgemeine Rednerliste zum Zug kommen. In diesem Sinn möchte ich den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe ...

Stephan Wolf, Präsident: Nein, Entschuldigung, nun war ich zu voreilig. Sorry, ich habe einen Fehler gemacht. Zuerst kommt natürlich der Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt zum Zug, und ich erteile das Wort an Matthias Häuptli. Sorry, es ging etwas schnell.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dieses Geschäft hat einen relativ sperrigen und technisch klingenden Titel, aber worum es geht, ist eigentlich relativ einfach. Es geht nämlich um die Verlegung einer Strasse. Konkret geht es ums Teilstück der Lachenstrasse zwischen der Kiesstrasse und der Rue de Bâle auf französischem Boden. Dieses Teilstück soll westwärts verlegt werden. Der Grund liegt darin, dass auf beiden Seiten der heutigen Strasse das Kieswerk der KIBAG, Kies Basel AG liegt. Dieser Betrieb erstreckt sich auf beiden Parzellen, führt hinüber, auch mit Anlagen, die darüberführen, und es existiert ein reger Lastwagenverkehr zwischen den beiden Arealteilen. Gleichzeitig gibt es auch recht viel Verkehr, der dort in Richtung und aus Richtung Elsass ins Bachgrabengebiet und umgekehrt durchführt.

Deshalb hat die KIBAG den Antrag gestellt, dass man diese Strasse verlegen würde. Und zwar mit einem Landabtausch. Sie gibt dafür einen Streifen Land am westlichen Ende ihrer Parzelle ab und übernimmt das Gelände, das Stück Land, auf welchem jetzt diese Strasse liegt. Sie würde diese Strasse entsprechend dem Bau- und Strassenlinienplan, der Ihnen jetzt vorliegt, in einem Basisausbau auch neu erstellen. Das Geschäft wurde auch mit der übergeordneten Planung des Zubringers Bachgraben abgestimmt, der durch den Kanton und die französischen Behörden und die Behörden des Kantons Basel-Stadt geplant wird und dann in einigen Jahren realisiert werden soll.

Aus Sicht des motorisierten Verkehrs ist es keine Frage, dass diese Verlegung sinnvoll ist. Es entschärft Konfliktpunkte. Sie ist mit der angrenzenden Planung abgestimmt und beeinträchtigt die Funktion dieser Strasse nicht, ob sie nun dort liegt, wo sie jetzt ist, oder 130 m weiter westlich. Auch die entsprechenden Knoten am geplanten Zubringer Bachgraben werden entsprechend verschoben, so dass es dort auch einen Anschluss geben soll.

Etwas anders sieht es aus, dies war die Feststellung der Kommission in der Diskussion um dieses Projekt, wenn man den Langsamverkehr, vor allem den Fussgängerverkehr betrachtet. Es ist zwar so,

dass im Fuss- und Velowegkonzept der Gemeinde an diesem Ort nicht vorgesehen ist, dass es einen Bedarf an Fussgängern und Velofahrer gibt. Tatsache ist aber, dass diese Strasse, auf der es jetzt Mischverkehr gibt, es gibt kein Trottoir, sie ist aber relativ breit, vor allem am Wochenende als Zugang zum Parc des Carrières, der bekanntlich auch mithilfe der Gemeinde Allschwil auf dem Areal der ehemaligen Kiesgrube im angrenzenden französischen Gebiet entstand, genutzt wird zu diesen Zeiten, in denen eben auch sonst kein Berufsverkehr stattfindet.

Die Kommission hat festgestellt, dass sich mit der Verlegung der Strasse aus Fussgängersicht eine Verschlechterung gibt, denn diese führt dann an einem Abschnitt der Rue de Bâle entlang, wo man einfach nicht mehr gehen kann, um zum Parc des Carrières zu gelangen. Wir werden also darauf verwiesen, dass man einen der anderen Zugänge nutzt. Es wurde nämlich wesentlich weiter westlich auf der Höhe des Van der Merwe Center ein neuer Zugang erstellt, welcher zu diesen Wegen führt, die im Westen des Parc des Carrières sind, und weiter östlich wurde auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt auch ein neuer Zugang beim Bachgraben Parking erstellt. Dazwischen würde aber der direkte Zugang aus dem BaseLink-Areal entfallen. Davon ist die Kommission nicht sehr begeistert.

Man hat sich auch überlegt, wie es langfristig aussieht, wenn irgendwann einmal dieses Kiesvorkommen erschöpft ist und die KIBAG ihr Kieswerk an dieser Stelle nicht mehr weiterführen kann oder nicht mehr weiterführen will. Dann wäre es eigentlich schon eine Stelle, an der es sinnvoll wäre, man hätte eine Durchwegung, auch im Sinn des Fussgänger- und Veloverkehrskonzepts, in welchem vorgesehen ist, dass man es eben fördert, dass man möglichst viele, kurze Verbindungen hat und Wege überall hindurchführen. Wir wissen nicht genau, welche Nutzung dann hinkäme, aber aus der Sicht der Kommission möchte man sich diese Option offenhalten, damit später, wenn dann eben das heutige Motiv, nämlich dass der Betrieb der KIBAG gestört wird, nicht mehr gegeben ist, vielleicht wieder eine Langsamverkehr Verbindung hindurchführen könnte. Aus diesen Gründen möchte die Kommission, dass man noch einmal drei Punkte betrachtet und in diesem Sinn beantragt die Kommission die Rückweisung des Geschäfts:

Man sollte nämlich anschauen, ob es möglich wäre, entlang der Rue de Bâle auf dem Grundstück der KIBAG einen provisorischen Fussweg einzurichten, sodass man über die neue Strasse dann entlang des KIBAG-Areals wieder herauskäme, wo es zum Parc des Carrières geht, wenn man diese Strasse verlegt. Dies einfach für die Zeit, bis der ZUBA überhaupt mal gebaut wird, dass man mit den zuständigen Behörden noch einmal anschaut, ob an dieser Stelle nicht auch eine Langsamverkehr-Verbindung entlang des ZUBA soll und kann realisiert werden. Denn dies ist nach unseren Informationen offenbar noch offen. Es ist durch die französischen Behörden in Planung, und es scheint bisher nicht entschieden zu sein. Und drittens, dass man langfristig in irgendeiner Form ein Wegerecht oder etwas Ähnliches über dieses Areal an der Stelle, an der sich jetzt diese Strasse befindet, sichern würde, nämlich dann, wenn das Kieswerk aufgegeben würde. Dies sind die drei Punkte, welche die Kommission gerne durch die Verwaltung anschauen lassen würde. Deshalb beantragt sie Ihnen die Rückweisung dieses Geschäfts an den Gemeinderat. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Dann würde ich nun das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter übergeben.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende. Ich danke der Kommission für ihre Arbeit. Ich habe mit dem Gemeinderat und der Verwaltung die Sache noch einmal angeschaut. Ich möchte Ihnen nun präsentieren, was die Haltung des Gemeinderats ist. Sie sollten es eigentlich hinten an der Powerpoint-Präsentation sehen, was Sache ist. Ich beginne mit der ersten Folie. Ich dokumentiere sie auch ein wenig fürs Protokoll.

Wir haben einen Terminplan erstellt, Sie sehen es. Man gab im August 24 erst einmal eine Freigabe, indem man sagte, jawohl, man will es realisieren, nämlich die Verschiebung dieser Strasse. Es gab im November 24 eine kantonale Vorprüfung, im Oktober 24 eine öffentliche Mitwirkung, wie es der Brauch ist. Dann beschloss der Gemeinderat Ende Jahr 24. Danach kam dieses Geschäft, was üblich ist, in die Kommission Bauwesen und Umwelt. Jetzt haben wir gehört, die KBU möchte anhand ihres Berichts beantragen, dass das Geschäft 4762 an den Gemeinderat zurückgewiesen wird. Ich möchte darauf hinweisen, es gab bei der öffentlichen Mitwirkung keine Eingaben, es hat sich niemand daran beteiligt. Wir vom Gemeinderat möchten auch darauf hinweisen, dass der offizielle Auftrag, nämlich die Verschiebung dieses Wegs, also neu Elsässerweg, eigentlich Hauptthema dieses Geschäfts ist und nicht die Erschliessung des Parc des Carrières auf französischer Seite.

Was auch wichtig ist: Dieses Geschäft ist übergeordnet, es ist auf die binationalen Planungsinstrumente abgestimmt. Wir sind also darin eingebunden. Sie haben im Januar 25 das Fuss- und Veloverkehrskonzept vorgelegt erhalten, es wurde Ihnen präsentiert. Sie sehen, links oben, dass im Teil, über welchen wir uns unterhalten, das Veloverkehrsnetz so war. Wir haben auch die Vorzugsroute des Velofahrers Richtung Frankreich. Wir sehen unten rechts das ganze Netzwerk der Verkehrsträger und dieses Mal für den Fussverkehr. Wir haben den Parc des Carrières, so wie er sich präsentiert. Dazu gibt es zwei Zugänge. Der eine ist unser auf Allschwiler Boden und der andere liegt knapp an der Grenze, aber auf Basler Boden. Somit haben wir, wie geplant, zwei Zugänge von der Schweizer Seite. Der eine – ich erkläre es nachher noch – kommt beim Vogt-Portmann-Weg, dieser ist bereits realisiert, er liegt auf der Höhe der Clubhütte des FC Allschwil. Er ist mit Parc des Carrières angeschrieben. Ich gehe davon aus, jene, die dort durchfahren oder gehen, sehen, dass dieser Zugang Allschwil bereits realisiert ist. Wir haben den zweiten Teil, nämlich jener auf Basler Boden. Sie sehen, da ist das Kiesareal, das Kieswerk, und daneben sind die Schrebergärten, dies wäre die Linie des Bachgrabens. Also durch die Schrebergärten ist es bereits realisiert. Wir haben auf französischer Seite den Übergang, ich zeige Ihnen das, und dann den Zugang zum Parc des Carrières.

Des Weiteren haben wir noch etwas, was noch nicht realisiert ist, aber in den nächsten Jahren realisiert werden sollte. Nämlich der Übergang bei der Kiesstrasse, der zu dieser Erschliessung kommt, die bereits jetzt erfolgte, nämlich auf Basler Seite. Da kommt ein Durchstich. Wer sich auskennt, sieht es hier unten, das ist der Ort, an dem es stattfindet. Wenn man die Basler Seite betrachtet, ich schaue nun aber von Frankreich nach Basel, dann sieht man, dass es da bereits gemacht wurde. Wir kommen dann auf die Rue de Bâle raus. Da haben wir nach französischem Vorbild auch bereits die Querung über diese Strasse realisiert. Auf der anderen Seite ist ein Langsamverkehrsweg bereits eingerichtet, welcher, wie ihr seht, zum Parc des Carrières führt.

Wir haben nun ein Bild, wie es sich ergibt. Wir haben die Lachenstrasse und den Elsässerweg. Der Elsässerweg, dies wurde auch von der KBU erwähnt, hat kein Trottoir, weil man ein Verkehrskonzept hat. Man hat den motorisierten Individualverkehr, man hat Lastwagenverkehr, man hat Fussgängerverkehr, man hat Veloverkehr. Dies ist im Hegenheimermattweg-Quartier, so wie Sie es zuvor gesehen haben, bereits ziemlich definiert. Die jetzt bestehende Lachenstrasse hat auch kein Trottoir. Das ist das, was der KBU-Präsident erwähnte, sie ist ausser am Wochenende ziemlich viel befahren. Wie wir sehen, ist die Rue de Bâle komplett auf französischem Boden. Wir haben den Anschluss, der ist geplant, das ist binational. Wir kommen eigentlich, wenn wir mit unserer Strasse fertig sind, direkt auf französischen Boden.

Man kann noch sagen, der Zubringer Bachgraben ist eine Schnellstrasse mit 80 km/h. Es ist eigentlich vorgesehen, dass man dort für den Fuss- und Veloverkehr Querungen macht. Denn der ZUBA ist binational. Wir wissen, es ist ein wichtiges Geschäft, aber auch ein kompliziertes Geschäft. Richtigerweise wird es nicht morgen oder übermorgen realisiert, aber es ist ein Teil der Planung, und sie wird kommen. Und, ich habe es bereits erwähnt, die Rue de Bâle liegt vollständig auf französischem Staatsgebiet.

Wir kommen zum Vorschlag der KBU. Wir haben die Grenze und wir haben die KIBAG-Seite. Dass man dort einen Fussweg machen möchte, damit man durchgehen kann und wieder an den Eingang des Parc des Carrières gelangt. Wie zuvor erwähnt, dies ist eine Schnellstrasse. Wir haben keine Querungen vorgesehen. Sondern man müsste wirklich weiter nach vorn gehen.

Noch einmal zurück, einfach, um dies zu sagen. Wir sind beim Parkplatz des Gartenbads. Wenn man auf dem Hegenheimermattweg geht, wenn man auf der einen Seite kommt, kann man ein paar Meter weiter Richtung Osten gehen. Wenn man von der anderen Seite kommt, wo die KBU ja auch sagt, es sei wichtig, dann wird sich der Teil an dieser Stelle in Kürze auch in Richtung dieser Strasse, zu diesem Abschnitt, der kommt, ergänzen. Man muss also nicht ganz zurück, aber es wäre doch ein Zugang zur bereits bestehenden Strasse.

Aus Sicht des Gemeinderats ist der Parc des Carrières von Allschwil ausreichend und gut erschlossen. Noch einmal:

Die Erschliessung des Parc des Carrières ist eigentlich nicht Hauptgegenstand der jetzigen Bau- und Strassenlinienplanung.
Der Zubringer Bachgraben ist eine Schnellstrasse.
Überquerungen sind nicht vorgesehen.
Die Rue de Bâle ist, das ist nicht ganz ohne, vollumfänglich auf französischem Boden.
Die Planung war grenzüberschreitend.

Noch etwas zum Flächenvergleich. Es wurde auch erwähnt, man möchte vielleicht die Situation beibehalten, dass man später, wenn die Kiesgrube oder Kiesanlage nicht mehr in Betrieb ist, wieder eine Langsamverkehrsquerung errichten möchte. Einfach zum Vergleich: Der Main Campus vom Innovation Parc ist in etwa gleich grosse, wie das KIBAG-Areal. Wenn wir uns nun überlegen, wie sich das Gebiet im Hegenheimermattweg entwickelt, muss man aus unserer Sicht ehrlicherweise sagen, dass die Investitionen oder Investoren, die kommen werden, ein Areal wollen, welches in Zukunft nicht noch geteilt wird. Dies sind die zwei Seiten, die man sich überlegen muss, will man die entsprechende, übergeordnete Planung mit allen vier Verkehrsträgern so akzeptieren, wie sie jetzt ist. Oder will man nun wie die KBU ein Teilstück rausnehmen und relativ kleinräumig noch zusätzliche Anstrengungen unternehmen, damit der Langsam- und Veloverkehr auch berücksichtigt wird. Der Gesamtgemeinderat meint, es ist genügend getan, es ist ein übergeordnetes Konzept, es funktioniert, es wurden bereits Investitionen zum Zugang des Parc des Carrières getätigt, und bittet Sie daher, nicht auf die KBU-Anträge einzutreten. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Gemeinderat Andreas Bammatter. Nun würden wir zu den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen übergehen und anschliessend die allgemeine Rednerliste eröffnen. Ich möchte in diesem Sinn jetzt Mehmet Can bitten, die entsprechende Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: So jetzt haben zuerst die Fraktionssprecher das Wort. Simon Trinkler!

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Gemeinderat hat in seinen Erläuterungen am Schluss schön gesagt, worum es wirklich geht. Es geht darum, das Areal jetzt für Investoren bereitzumachen. Nun schaffen wir einen riesigen Mehrwert für die Firma, der dieses Areal gehört. Ein wirklich riesiger Mehrwert. Wir arbeiten zusammen, haben ein Stück Land, ohne dass diese Firma dafür gross etwas aufwenden muss. Was für uns als Gemeinde, als Bevölkerung am Schluss bleibt, ist, wir haben später eine schlechte Erschliessung und wir erhalten das Stückchen hinten als Erschliessung neu für den Autoverkehr gemacht. Ich denke, bei diesem Deal müsste etwas mehr herauskommen. Und zwar kann es nicht sein, dass man jetzt einfach die direkte Erschliessung dieses Gebiets, welches durchaus ein wichtiges Naherholungsgebiet und ein schönes Gebiet ist, welches in Zukunft ein grosses Potenzial hat, einfach aus der Hand gibt. Es gehört wahrscheinlich in Zukunft eine Strasse hin. Wenn wir es jetzt herausgeben, das Land verkaufen, dann ist es verkauft. Diesen Abtausch können wir nur einmal vornehmen. Die Möglichkeit wäre, dass man allenfalls auf eine gewisse Zeit ein Baurecht einräumt, damit man es anschliessend wieder zurückerhält, oder, wie es die Kommission vorgeschlagen hat, für später auf diesem Areal ein Wegrecht anzuberaumen, sodass wir die Möglichkeit nach wie vor haben, dort die direkte Erschliessung zu machen.

Auf dem Foto in der Präsentation sah man sehr gut, die Grenze läuft also nicht genau der Strasse entlang, es gibt durchaus Platz zwischen den Grenzen und dem Areal. Genau dort wollen wir das Potenzial auch wirklich drin, um eine Erschliessung während der Zeit, in der die KIBAG oder die Kiesgrube noch läuft, vorzunehmen, damit man dort durchaus noch durchgehen kann und die Erschliessung auch von dieser Seite aus bis dorthin, wo der Übergangspunkt ist, gewährleistet ist. Nun ist es so, dass es auf diesen Strassen am Wochenende kaum Verkehr gibt, und man sehr gut reinkommt, genauso wie am Morgen früh oder am Abend spät. Alles eigentlich selbst gesehen. Während dieser Zeit kommt man auch über diese Strasse, ohne dass man eine Querung benötigt. Es ist quasi Niemandsland. Da verstehe ich die Argumentation am Schluss nicht völlig, weshalb man nun alles genau planen und alles genau stimmen muss, und es nur über diesen Übergang gehen kann.

Ganz wichtig: Man kann nicht einfach so einen direkten Zugang aus der Hand geben. Das ist, finde ich, ein Punkt, der einfach nicht geht. Wenn man schaut, die Erschliessung, die es jetzt gibt, die läuft erstens über baselstädtischen Grund, ist von Allschwil aus gesehen ein Umweg, um dort hinzukommen, und ist im Moment, so wie sie jetzt ist, nicht besonders gut ausgedeutet. Genauso wie der

andere Zugang, den es oben gibt. Auch hier hätte man ein gewisses Potenzial, es zu verbessern. In diesem Sinn bitte ich wirklich inständig, dass man dem Antrag der KBU zustimmt und das Geschäft zurückweist. Danke vielmals.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wenn man motzen kann, dann sollte man auch loben können, finde ich. Ich muss sagen, diese Präsentation des Gemeinderats war wirklich ausgezeichnet, hat alles erklärt und auch den Grundsatz dieser Diskussion aufgezeigt, die KIBAG macht etwas Gutes. Seit 30 Jahren überlege ich mir immer, wenn ich dort mal in der Nähe bin, weshalb diese Strasse überhaupt dort ist, denn es ist tatsächlich so, da wird nur noch durchgerast, und wenn man Glück hat, kommt weder von der linken noch rechten Seite ein Bagger. Insofern ist dieses Projekt nun wirklich absolut sinnvoll, nicht nur für die KIBAG und für Allschwil. Der Gemeinderat hat gezeigt, dass man das Projekt auf diese Weise weiterführen soll. Deshalb wird die SVP mit dem Gemeinderat gehen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe ... – Entschuldigung, Herr Mark Aellen als Fraktionssprecher!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Nein, nicht als Fraktionssprecher. Aber da sich niemand mehr gemeldet hat, habe ich gedacht, jetzt darf ich.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Sehr wahr!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Also, ich verstehe das Anliegen der Kommission. Was ich allerdings nicht verstehe, ist, dass wir als Einwohnerrat mit dem Konzept der Wege zuvor schon einverstanden waren. Wir haben die Absprachen mit den anderen Kantonen bereits getroffen. Und jetzt, da es ein wenig konkret wird, weil sich eine einzelne Firma eine bessere Struktur erschaffen möchte, hinterfragen wir die Sache noch einmal und finden, ach nein, das tun wir nun doch nicht. Dann sind wir auch noch so innovativ, dass wir sagen, wir gehen jetzt also vom Allschwiler Boden zuerst an die französische Grenze, gehen der Hochstrasse, Hochgeschwindigkeitsstrasse entlang, aber bis man die Verbindung zur Basler gemacht hat, gehen wir über die Strasse und wieder zurück. Ich als Fussgänger gehe nicht an die Baslerstrasse, um auf der Baslerstrasse entlangzugehen, bis ich über die Querung kann, die bereits gebaut ist. Ich würde genau diesen inneren, den inneren Weg, der vorgeschlagen wurde, nehmen. Dieser ist viel ruhiger, weniger gefährlich, weniger Autos. Ich sehe den Punkt nicht.

Ich sehe auch nicht den Punkt, dass man sagt, wir verschenken Gold. Es ist nicht Gold, welches wir verschenken, es ist Potenzial, welches wir austauschen. Wir tauschen es gegen eine Strasse, die weiter versetzt ist, auf welcher der motorisierte Verkehr vom Langsamverkehr isoliert ist. Das ist eigentlich das, was wir wollen. Wir wollen nicht den Schnellverkehr mit dem Langsamverkehr mischen. Da haben wir immer wieder die Problematik, dass das nicht gut ist. Insofern sehe ich die übergeordneten Ziele, die man bereits abgesprochen hat, ich sehe die Investitionen, die man schon vorgenommen hat. Der Kanton Basel-Stadt hat investiert, wir haben investiert und die Franzosen haben investiert. Die Wege stehen. Das Grundkonzept ist vorhanden. Wenn jemand dann sagt, ja, wir können am Wochenende über die Baslerstrasse gehen, das ist überhaupt kein Problem, dann ist es vielleicht jetzt kein Problem. Ich weiss nicht, wie es mit der ZUBA aussieht, ob wir dann nicht doch mehr Verkehr bekommen. Plus, es ist einfach gefährlich. Dort eine zweite Kreuzung hinzubauen, macht überhaupt keinen Sinn. Wir haben vorher eine Kreuzung, ein paar Meter keine, und dann gleich wieder die nächste Kreuzung, auf einer Strasse, auf der man eigentlich 80 fahren sollte. Macht keinen Sinn.

Insofern, wie zuvor erwähnt, verstehe ich das Anliegen, aber ich halte es von der zeitlichen Abfolge her falsch. Es ist nicht so viel Geld verschenkt, als hier nun gesagt wird. Wir haben durchaus einen Gegenwert. Wir haben eine ruhigere Zugangsstrecke. Gesamthaft gesehen ist es ein Fussweg, der für Fussgänger nach meiner Meinung nach absolut zumutbar ist, denn die meisten kommen sowieso vom Bachgraben her und gehen nicht unbedingt zuerst in diese Strasse rein, bei der sie wieder ums Eck gehen müssen, damit sie weiterkommen. Das ist meine persönliche Meinung, nicht die Meinung der Fraktion. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es wurde ein paar Mal auf das Fuss- und Velowegverkehrskonzept eingegangen. Der Vorredner hat gerade

erwähnt, ja, dies hätten wir abgesegnet. Nein, das ist nicht so. Der Bericht des vorliegenden Geschäfts wurde im Dezember vom Gemeinderat verabschiedet. Wir haben ihn Anfang Januar erhalten. Am 22. Januar wurde dann das Fuss- und Veloverkehrskonzept hier durch eine Präsentation vorgestellt. Wir haben das Geschäft nie beraten. Wir haben es nie im Detail betrachtet und uns auch nicht damit einverstanden erklärt, sondern wir haben einfach zur Kenntnis bekommen, dass es dies gibt. Es ist ein internes Planungsinstrument. Es ist nicht einmal in diesem Sinn behördenverbindlich, sondern es ist für die Verwaltung zur weiteren Planung. Selbstverständlich kann man auf diese Entscheide, die darin getroffen wurden, auch später zurückkommen. Unter anderem hat der Gemeinderat auch im Rahmen der Zonenplanrevision gewisse Entscheide, die zuvor im Fussverkehrskonzept drin sind, über den Haufen geworfen. Ich will nun nicht im Detail darauf eingehen.

Es ist nicht so, dass es ein verbindliches Konzept wäre. Es ist auch nicht so, dass mit den Anträgen der KBU irgendwelche Investitionen, welche die Gemeinde oder andere Beteiligte gemacht hätten, wertlos werden würden. Das ist überhaupt nicht so. Sondern es geht darum, die Situation an dieser Stelle im Fussverkehr und für den Langsamverkehr zu verbessern. Es wurde auch gesagt, die Erschliessung des Parc des Carrières sei gar nicht Gegenstand der Planung. Doch, genau darum geht es, dass man nämlich genau diese Erschliessung einfach gar nicht angeschaut hat, weil man sagte, das interessiert uns nicht im Zusammenhang mit diesem Geschäft, denn dafür haben wir ganz was anderes vorgesehen. Darüber muss man sprechen können. Es ist ein wenig schräg, wenn wir dann quasi per Präsentation in Senkel gestellt werden, wir würden falsch verstehen, was wir eigentlich zu beraten hätten. Ich kann den Frust verstehen, dass wir uns nicht mit der Schönheit der Schleppkurve des Bau- und Strassenlinienplans befasst haben, sondern mit den Auswirkungen auf den Langsamverkehr. Das ist halt unsere Aufgabe.

Des Weiteren wurde noch erwähnt, dass ein allfälliger Investor betroffen sei, wenn das Gebiet dann wieder durchschnitten werden würde. Das ist nicht das Anliegen der Kommission. Sie möchte dort eine Langsamverkehrsachse haben, hat angeregt, dass man dies mit einem Wegrecht machen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, dass all diese Parzellen des BaseLink-Areals eine «Durchwegung mit öffentlichen Fusswegen» haben. Das ist dort überall der Fall. Man kann überall durchgehen, und es ist offensichtlich kein Problem. Im Gegenteil, es ist eigentlich im Sinn einer hochwertigen Überbauung, wenn man dort einen Life Science-Campus haben will. Ich denke, es ist im Sinn unserer Entwicklung, wenn es auch auf diesem KIBAG-Areal irgendeines Tages in diese Richtung geht. Dann ist ein Weg, der dort hindurchführt, sicher nicht hinderlich.

Dies führt mich noch zur grösseren Perspektive. Natürlich kommt man irgendwie in den Parc des Carrières. Wenn man aber dort im Bachgrabenareal eben nicht einfach eine Industriezone haben will, sondern eine Art attraktiven Campus, kann es eigentlich nicht genügend Wege geben, die ins Naherholungsgebiet auf der anderen Seite führen. In diesem Sinn müsste sich die Gemeinde eben auch dafür einsetzen, dass nicht einfach der ZUBA alles abriegelt, sondern dass man dort auch die entsprechenden Routen für Fussgänger und Velo vorsieht. Dies ist einer der Punkte, den die KBU anregen möchte. In diesem Sinn möchte ich Ihnen im Namen der Kommission, aber auch in meinem eigenen Namen noch einmal empfehlen, dass man der Rückweisung zustimmt. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Zuerst hat sich Florian Spiegel gemeldet und anschliessend Andreas Bammatter.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Mark Aellen hat schon viel gesagt, was ich mir auch notiert habe. Aus meiner Optik ist es völlig unverständlich, dass wir dort an dieser Schnellstrasse wegen den, ich sage mal 40, 50 m, die definitiv nicht durch den Langsamverkehr erschlossen sind, ein Trottoir bauen wollen, wo es verhältnismässig eng ist und an eine Strasse mit Überlandgeschwindigkeit grenzt. Ich finde, der Gemeinderat hat dieses Mal wirklich ausgeführt, als man gesagt hat, dass man es mit dem Parc erschliessen möchte, und zwar richtigerweise von der Strassenlinie in die zweite Reihe zurückversetzt und nicht parallel zu dieser. Sie ist eben gerade auch von der Planung übergeordnet, wenn es mal Richtung ZUBA gehen soll. Wie die Querungen dort aussehen, ist noch einmal eine andere Planungsgrundlage, als dass wir nun das Gefühl haben, wenn wir jetzt den Eigentümer dazu verdonnern können, 40 m Trottoir zu bauen, die, ich bin überzeugt, wenn wir danach eine Strassen- oder Fussgängerzählung durchführen würden, so ziemlich gegen null kämen, damit die Hoffnung zu haben, somit auf eine ZUBA-Planung Einfluss nehmen zu können. Man könnte es schon beinahe unter der Rubrik «Es war zum Schmunzeln» in einer Zeitung abdrucken, wenn dies der Anstoss sein soll, um auf die ZUBA-Planung Einfluss zu nehmen, dass wir nun dort noch ein Trottoir an diese Schnellstrasse setzen.

Auch mit ... – und ich muss ehrlich sagen, habe ich es nicht völlig begriffen, Simon, du kannst es vielleicht noch präzisieren – Weshalb vergibt sich die Gemeinde mit dem Verschieben der Strasse, die aus meiner Sicht eine Ordnungssache ist, finanzielle Möglichkeiten? Oder weshalb ermöglichen wir anderen, damit zu geldwerthem Gegenstand zu kommen? Die Eigentümer dieser Parzellen liegen ja schon heute nicht bei der Gemeinde. Ich habe schnell die Eigentumsabfragen für diese Parzellen gemacht. Sie sind bereits heute entweder im Besitz von Firmen oder Privaten. Ich habe nicht gesehen, dass die Gemeinde Allschwil in irgendeiner Form dort eine Parzelle besitzt, dies ist das eine. Ich weiss auch nicht, wie wir da plötzlich Baurecht vergeben wollen, wenn sie gar nicht uns gehört. Das wäre ein neues Konstrukt, ich bin aber immer gerne bereit, etwas zu lernen. Es geht um Eigentümer, welche diesen Grund schon besitzen, welche heute eine Dienstleistung erbringen, die für unsere Region und für das Baugewerbe wichtig ist, und dem irgendwann in weiter oder naher Zukunft vielleicht einmal aufgrund einer anderen Entwicklung weichen.

Dann ist es wiederum die Sache des Eigentümers, dass er auf seiner Parzelle das, was er möchte, umsetzen darf, solange er sich an die gesetzlichen Gegebenheiten hält. Dies ist nichts anderes als das, was sie heute schon tun, auf ihrem Grund und Boden das machen, was sie jetzt für richtig halten, vielleicht machen sie es später anders. Jetzt wie auf einem Bazar hingehen und sagen: Ja gut, ihr habt nun die Idee gehabt, die Strasse zu verlegen. Jetzt gehen wir doch und hegen die Idee, dabei von ihnen etwas herauszuholen. Das ist doch nicht eine Arbeit zwischen Verwaltung und Unternehmer, wie man sie in einem modernen Staat pflegt. Es klingt so ein wenig ..., wie ich zuvor erwähnte, ist es so ein wenig Bazar-Mentalität. Also Entschuldigung, wir müssen uns doch dagegen wehren, dass wir auf diese Weise mit Unternehmern in dieser Gemeinde aber verhandeln wollen, wenn es um Anliegen geht, die sie haben. Es ist ja nicht so, dass wir ihnen etwas schenken.

So wie ich es gelesen und richtig verstanden habe, sonst darf man mich korrigieren, ist es ja der Eigentümer derjenige, welcher die Strasse baut. Zu seinen Kosten. Wir schenken ihm doch nichts. Er baut eine Strasse auf seinem Gelände, zu seinen Kosten, die zuvor an einem anderen Ort war, weil es die Sicherheit erhöht und natürlich, weil es ihm bei seiner unternehmerischen Tätigkeit hilft. Dann kommen wir und sagen: Oh, daraus schlagen wir jetzt Profit. Wenn dies Schule macht, weiss ich nicht, was für ein Beispiel es für andere Unternehmer in dieser Gemeinde sein soll. Das kann man doch nicht ernsthaft verfolgen wollen. Es tut mir leid. Unternehmer, die langjährig da sind, soll man doch unterstützen. Es ist kein unsinniger Antrag, den sie da eingebracht haben, sondern etwas sehr Sinnvolles. Darüber nun Bazar betreiben zu wollen und Einfluss auf die ZUBA-Planung zu nehmen, steht nun – es tut mir leid – völlig quer in der Landschaft. Als Fraktion haben wir es wirklich nicht verstanden, wie man jetzt plötzlich mit diesen Anträgen kommen kann. Jeder, der hier ..., nein ich sage es nicht. Also, man kann es nun bitte schön nicht unterstützen und dem Gemeinderat wirklich mal folgen. Dies sage sogar ich.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Gemeinderat Andreas Bammatter!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren. Ich danke für all die Voten. Sie sind sicher wichtig und auch richtig, dass man sich Gedanken macht. Ich wiederhole aber noch einmal: Wir haben diese Strasse, und es wurde richtig erwähnt, sie wird aus Sicherheitsgründen vom Eigentümer an den Rand verschoben, weil es wirklich viel Werkverkehr gibt. Sie bezahlen es selbst, sie machen es. Es ist so konzipiert, dass es eine MIV-Strasse gibt. Es gibt dort kein Trottoir. Der Grund ist folgender: Das vorhandene Konzept ist eine Entflechtung der Verkehrsträger. Eine Entflechtung der Verkehrsträger heisst auch, dass man eben keinen Mischverkehr macht, wo es nicht notwendig ist. Gerade in diesem Gebiet kann man sich überlegen, was sinnvoll und notwendig ist und selbstverständlich eine Querung auf eigenes Risiko. Das ist so. Ihr könnt auch nicht erwarten, dass der Gemeinderat euch etwas vorlegt. Auf eigenes Risiko eine Strasse überqueren, weil es vielleicht am Sonntag einmal mehr und einmal weniger Verkehr hat, können wir in der Planung so nicht machen. Deshalb mussten wir sagen, wir entflechten, wir belassen es so, wie es jetzt ist, und die Zugänge zum Parc des Carrières sind übergeordnet geplant. Ich habe es Ihnen gezeigt. Zugegebenermassen ist politisch gesehen der Zugang im Osten auf Basler Boden und nicht auf Baselbieter Boden, aber er liegt an der Grenze. Also das Gartenbad gehört auch ein wenig zu Allschwiler Boden und liegt ein wenig auf Basler Boden, wird aber von Basel betrieben. Ein so grosser Umweg ist es nicht.

Wenn man den Hegenheimerweg oder auch den Bachgraben betrachtet, wenn man dort vorbeigeht, geht man halt ein, zwei Schritte weiter und biegt dann in den Parc des Carrières ab, oder geht beim Fussballfeld, bei der Clubhütte quer durch und nimmt entsprechend jenen Weg, welcher bereits vorhanden ist oder schon beim Vogt-Portmann-Weg erstellt wurde und geht dort in den Parc des

Carrières. Ich bitte euch, noch einmal gut zu überlegen, wollt ihr es so, wie es jetzt übergeordnet, bi-national mit zwei Kantonen geplant ist, entflechtet lassen, oder wollt ihr es dem Gemeinderat noch einmal zurückgeben, damit er nachbessert und ein Trottoir erstellt bzw. mit den Franzosen noch einmal überlegen muss, wo man noch eine Querung anbringen kann. Ich bin der Meinung, man sollte es so belassen, wie der Gemeinderat es beschlossen hat.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Simon Trinkler, Sie haben das Wort.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke vielmals. Man kann den Gemeinderat wirklich nur loben, was die wirtschaftliche Geschichte anbelangt. Er hat wirklich im Sinn des Unternehmens gedacht, es ist so grundsätzlich auch okay. Wir sehen auch die Aspekte, die für das Unternehmen wichtig und gut sind. Wir möchten sie auch nicht ausser Acht lassen. Nun ist es aber so, dass diese Strasse – da ist vielleicht jemand in der Eigentumsabfrage danebengeraten – tatsächlich der Einwohnergemeinde Allschwil gehört. Sie, die Strasse, die das Areal in zwei Teile teilt, gehört Allschwil. Die anderen beiden Parzellen gehören, man sieht es gerade in der Präsentation links und rechts liegend, Nord respektive Süd, dem Unternehmen. Wenn man diese zwei zusammenschliesst, entsteht tatsächlich ein Mehrwert, indem man eine zusammenhängende Parzelle hat, die nachher neu dem Unternehmen gehört, und die Strasse, quasi im Landabtausch, ein neues Stück Land der Gemeinde gehört. Es entsteht faktisch ein Mehrwert für das Unternehmen, der allenfalls später bei einer Veräusserung des Lands ein ziemlich grosser Impact auf den Verkaufspreis des Landes haben kann. Einfach, damit dies nochmals deutlich gemacht ist.

Der wichtigste Punkt des Ganzen ist eigentlich, was in Zukunft ist, also was in längerfristiger Zukunft sein wird. Es ist wirklich wichtig, dass man dort einen Weg hat, der hindurchführt. Sei es ein Wegrecht oder sei es, dass man diese Strasse für eine gewisse Zeit im Baurecht abgibt, so, damit künftige Renovationen die Chance haben, um dort auf direkter Achse, der eben kein Umweg für die ist, welche ohnehin schon zu Fuss unterwegs sind, für die der Umweg ein grösserer Impact hat oder mit dem Velo unterwegs sind, einen direkten Zugang zu haben. Diese Chance wollen wir uns doch nicht vergehen. Genau dies macht der Gemeinderat mit diesem Vorschlag. Deshalb noch einmal inständig: Bitte den Anträgen der Kommission zustimmen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Besten Dank, Mehmet Can, für das Führen der Rednerliste. Dann würden wir nun gemäss § 77 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung zu den **Anträgen der Kommission für Bauwesen und Umwelt** kommen. Sie finden diese auf Seite 6 des Berichts. Dieser Antrag lautet wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Bauwesen und Umwelt zu beschliessen: Das Geschäft 4762, Bau- und Strassenlinienplan linksufriges Bachgrabengebiet, Elsässerweg, Mutation Lachenstrasse, Teilstück Kiessstrasse bis Landesgrenze, wird im Sinn der Erwägungen an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die blaue oder gelbe Karte erheben. Danke vielmals. Wer dem Antrag nicht zustimmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Und zum Schluss bitte noch die Enthaltungen. Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Ergebnis der Abstimmung nach vorn zu bringen.

://:

Den **Antrag** der Kommission für Bauwesen und Umwelt haben Sie bei 13 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag des Gemeinderats**. Diesen finden Sie im Bericht des Gemeinderats auf Seite 4. Er lautet:

Der Bau- und Strassenlinienplan linksufriges Bachgrabengebiet, Elsässerweg, Mutation Lachenstrasse, Teilstück Kiesstrasse bis Landesgrenze wird erlassen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer diesen Antrag nicht annehmen möchte, bitte jetzt die Karte erheben! Danke vielmals. Am Schluss noch bitte die

Enthaltungen! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler wiederum bitten, mir das Abstimmungsergebnis nach vorn zu bringen. Gut, das Ergebnis liegt vor.

://:

Sie haben dem **Antrag** des Gemeinderats bei 18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen **zugestimmt**.

Damit kommen wir noch zur **Schlussabstimmung** über das Ganze, im Sinn von § 84 unseres Geschäftsreglements. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer das Geschäft nicht abschliessen möchte, bitte jetzt die Karte erheben! Und Enthaltungen bitte! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzählerinnen bitten, mir das Abstimmungsergebnis nach vorn zu bringen.

://:

Das **Geschäft Nr. 4762 A** wurde bei 30 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme und 3 Enthaltungen somit **als Ganzes abgeschlossen**.

Stephan Wolf, Präsident: Ich schlage vor, dass wir jetzt eine kurze Pause machen, bis zwanzig vor acht. Wir würden dann mit der dringlichen Motion der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission weiterfahren.

PAUSE

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich stelle fest, dass der Gong im Saal meistens schneller ist als meine Glocke hier vorn. Ich möchte euch alle trotzdem bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit der Einwohnerratssitzung fortfahren können. Wie ich bereits vor der Pause angekündigt habe, kommen wir nun vor dem Info-Fenster und vor der Fragestunde zur **dringlichen Motion der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission** über die **Stabilisierung der Finanzen**. § 61 unserer Geschäftsordnung sieht vor, dass der Gemeinderat aufgrund der bejahten Dringlichkeit jetzt heute an dieser Stelle zur Motion Stellung nehmen muss. Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Dann ist es Robi Vogt, ich erteile dir in diesem Sinn das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, was der Gemeinderat heute beschlossen hat. Die Entgegennahme dieser Motion macht Sinn, weil im Grundsatz eine Durchführung einer solchen Analyse sehr interessant und sinnvoll ist und auch dem Gemeinderat Nutzen bringen wird. Es ist aber zu beachten, dass diese Analyse mit grossem, zeitlichem Aufwand verbunden ist und natürlich auch Kosten generieren wird, die wir bisher nicht budgetiert haben. Dies wird einerseits personelle Ressourcen in der Verwaltung belasten, und andererseits werden wieder Beraterkosten entstehen, die Sie auch schon mal bei anderer Gelegenheit kritisiert haben.

Aber wir, der Gemeinderat, gehen davon aus, dass die Aufwendungen gerechtfertigt sind. Den politischen Willen können Sie zum Ausdruck bringen. Dann würde man zusammen mit der FIREKO oder den entsprechenden Delegierten nachher die Kriterien festlegen, über die wir berichten würden. So gehen wir davon aus, dass, wenn Sie diese Motion überweisen, wir Ihnen zeitnah, dies ist ja auch der Sinn der schnellen Handlungsweise heute, Informationen liefern können.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Robi Vogt. Vielleicht noch das Mikrofon abschalten, es sei denn, du hast noch weitere Wortmeldungen. Das ist aber nicht der Fall. Somit stelle ich fest: Der Gemeinderat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Dies wiederum bedeutet, dass gemäss unserem Geschäftsreglement eine Diskussion nur dann stattfindet, wenn aus den Reihen des Einwohnerrats ein Gegenantrag gestellt wird. Nun meine Frage an den Einwohnerrat: Wird ein Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist diese **Motion**, sprich das **Geschäft Nr. 4783**, Motion der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission über die Stabilisierung der Finanzen **überwiesen**.

Wir fahren weiter mit dem

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Stephan Wolf, Präsident: Mir wurde bereits zugetragen, dass Informationen vorhanden sind. Wem vom Gemeinderat darf ich zuerst das Wort erteilen? Ich gebe das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren. Auch wenn das Traktandum 5 nicht an die Reihe kommt, macht gar nichts, ich möchte Ihnen einfach noch einmal den Hinweis geben, dass wir eine Website haben. Da ich ohnehin den Laptop hier habe, erlaubte ich mir, sie aufzuschalten: www.museumallschwil.ch. Darin können Sie ein wenig surfen und schauen und sehen, dass das Museum, wie angekündigt, am 20. April eröffnet. Es gibt einen Programm-Flyer. Informieren Sie sich entsprechend, und ich freue mich auf jeden Besuch. Dies kurz als Information. Sie sehen auch, wir haben viele Dinge drin, die kommen werden. Schritt für Schritt sehen Sie, wie sich das Museum entwickelt. Wir werden, wenn dann das Traktandum auf dem Tisch ist, weiterfahren. Besten Dank und viel Spass beim Surfen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Andreas Bammatter. Gibt es noch weitere Informationen aus dem Gemeinderat? Ich gebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Wie Sie wissen, sind wir daran, die Klassenbäume zu pflanzen. Drei sind bereits gepflanzt. Morgen wird noch der Vierte gepflanzt. Dies findet auf dem Sporn statt. Wir haben euch die Information ja geliefert. Es hat also ausgezeichneten Anklang gefunden, die Kinder hatten Freude, bestimmt am Herumrennen und am Znüni, aber auch am Pflanzen des Baums.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Gibt es noch weitere Informationen aus dem Gemeinderat? Das ist offenbar nicht der Fall. Dann würden wir zur

FRAGESTUNDE

übergehen. Mir ist bekannt, dass zwei Fragen von Christian Jucker vorab eingereicht wurden. Ansonsten wurden mir keine Fragen weitergeleitet. Da ich die konkrete Frage von Christian Jucker auch nicht kenne, möchte ich ihn bitten, diese Frage mündlich zu stellen. In diesem Sinn hat Christian Jucker das Wort.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich habe zwei Fragen. Ich beginne mal mit der Ersten. Die ist zur Deponie Roemisloch. Letzten Sommer mussten wir von erhöhten Schadstoffwerten Kenntnis nehmen und konnten gleichzeitig die Diskussion, die in den Medien geführt wurde, beobachten. Der Kommentar der bz fand ich eigentlich nicht so schlecht. Der Titel war: "Der Kanton muss den Dialog der Gehörlosen beenden." Mich würde nun der aktuelle Stand dieser Diskussion interessieren:

- Wurden weitere, direkte Gespräche mit den betroffenen Unternehmen und Pharmafirmen geführt?
- Gibt es Ergebnisse dieser Gespräche?
- Wie ist der Stand bezüglich neuer Messungen? Da gab es ja einen Vorstoss von Biljana im Landrat
- Wie sieht nun das weitere Vorgehen aus?

Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Das Wort hat Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Rat, lieber Christian. Vielen Dank für diese Fragen.

Zu deiner ersten Frage, ob schon direkte Gespräche geführt wurden: Ja, der Gemeindepräsident Franz Vogt sowie Mitarbeitende der Verwaltung und ich haben Gespräche mit GI DRB unter der Federführung von Novartis wieder aufgenommen. Das Gesprächsklima ist konstruktiv und vertrauensvoll.

Erste Ergebnisse: Also GI DRB hat sich grundsätzlich bereit erklärt, gemeinsam mit dem Amt für Umwelt und Energie Gespräche über das weitere Vorgehen und mögliche Massnahmen zu führen. Ein erstes Vorgespräch kam aber leider nicht zustande, weil das kantonale Amt es zuerst ablehnte. Daraufhin hat unser Gemeindepräsident direkt beim zuständigen Regierungsrat interveniert.

Stand der Messungen oder bezüglich neuer Messungen: Aktuell sind keine Wasserproben möglich, weil wir aufgrund der anhaltenden Trockenheit keinen Wasseraustritt feststellen können. Sobald es wieder ausreichend regnet und eine Probeentnahme möglich ist, werden natürlich die entsprechenden Messungen umgehend durchgeführt.

Wie ist das weitere Vorgehen: Das Amt für Umwelt und Energie hat inzwischen Bereitschaft erklärt, signalisiert, das Gespräch aufzunehmen oder auf Einladung von uns oder der Gemeinde Allschwil an einem Gespräch teilzunehmen. Die Koordination eines Termins ist momentan im Gang.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana Grasarevic. Christian Jucker, du hast, glaube ich, noch eine zweite Frage?

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Die zweite Frage betreffend die Liegenschaft Dorfplatz 3 wurde von jemandem an mich herangetragen. Für die Mieter scheint derzeit unklar zu sein, wie es dort weitergeht. Kann der Gemeinderat erklären, wie es hier weitergeht, ob weitere Sanierungen geplant sind und/oder eine Nutzungsänderung oder ein Verkauf der Liegenschaft geplant sind? Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich gebe das Wort an Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Christian. Du schreibst hier: «Kann der Gemeinderat erklären, wie es weitergeht?». Die kurze Antwort ist nein. Die längere Antwort ist: Wir treffen im Moment noch Abklärungen, und der Gemeinderat weiss es selbst bis jetzt nicht. Es wurde noch kein Arbeitspapier an den Gemeinderat erstellt. Aus diesem Grund kann ich hier jetzt auch nicht genauer darauf Auskunft geben. Wir sind daran, und sobald wir den Entscheid gefällt haben, wie es mit dieser Liegenschaft weitergeht, was wir machen, werden wir selbstverständlich den Einwohnerrat informieren. Das kann im Rahmen eines Info-Fensters sein an der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung, und ganz sicher dann, wie es weitergeht, egal, ob es mit Sanierungen oder Verkauf oder so geht. Da wird der Einwohnerrat ohnehin einbezogen, weil es nicht in unsere Kompetenz fällt. Im Augenblick möchte ich aber um Verständnis bitten, dass wir diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht beantworten können.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich frage es eigentlich nicht nur aus Eigeninteresse, sondern die Mieter sind sehr besorgt und sie hätten gerne eine Verwaltung, die sie über die Zukunft ihrer Wohnstätte auch zwischendurch informiert. Ich möchte wirklich drücken, dass den Mietern auch die Sicherheit gegeben wird, damit sie wissen, was geschieht. Es geht weniger um ein Einwohnerratsgeschäft, sondern um Leute, die in einer Liegenschaft der Gemeinde wohnen und im Moment sehr besorgt sind, weil sie keine Ahnung haben, wie es weitergeht. Ich habe bereits vor einem Monat gefragt.

Wenn nun immer wieder gesagt wird, es kommt nächstens, es kommt nächstens, ist es nicht sehr befriedigend. Vor allem auch für die Leute, die dort wohnen. Ob es für uns einen Monat früher oder später kommt, deswegen brennt es nicht an. Aber ich möchte einfach im Namen der Mieter noch einmal darum bitten, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Gibt es weitere Fragen aus dem Einwohnerrat? Dann gebe ich das Wort an Romina Stefanizzi.

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Räte. Ich habe auch zwei Fragen. Und zwar betrifft die Erste den Lindenplatz. Durch Dorfgespräche habe ich vernommen, dass die Bewegung Lindengrün nicht immer an diesen Sitzungen oder an den Treffen eingeladen wurde, oder sogar ausgeladen wurde. Ich hätte nun gerne gewusst: Stimmt das? Wenn ja, der Grund.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, ich gebe das Wort Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich nehme mal an, es geht bei den Treffen, die du erwähnt hast, um die Dialoggespräche in der Dialoggruppe. Ist das richtig? Also. Da kann man klar sagen, Lindengrün war an jedem Treffen dabei. Dies ist dokumentarisch festgehalten. Es ist schlichtweg keine richtige Information, und ausgeladen wurde schon gar niemand. Denn es war dem Gemeinderat von Beginn an in dieser Dialoggruppe wichtig, dass man tatsächlich alle, die zum Thema Lindenplatz irgendetwas meinen, am Tisch hat, und es einen Abgleich gibt, und dass es einen Dialog unter den verschiedenen Nutzungsanforderungen oder den verschiedenen Nutzungen, die dort möglich sind, gibt. Selbstverständlich war Lindengrün ein wichtiger Player im Ganzen. Und sie waren, soviel ich mich erinnern kann, ich war auch an jedem dieser vier Treffen dabei, auch eingeladen. Sie waren auch an der anfangs öffentlichen Veranstaltung hier im Saal Gartenhof dabei. Sie waren mit einer relativ grossen Delegation hier und waren auch an der Schlussveranstaltung im Mai 23 da und konnten ihre Sicht der Dinge darlegen. Meiner Meinung nach hat niemand gefehlt. Es gab innerhalb von Lindengrün in der Dialoggruppe mal einen Wechsel, bei dem die eine Frau irgendeinmal irgendwo nicht an einem Termin teilnehmen konnte. Dann war aber eine andere Person dabei. Ich kann also nicht bestätigen, was das Dorfgespräch irgendwo war. Die Leute waren alle immer hier am Tisch. Es gibt hier auch andere Mitglieder dieser Dialoggruppe, die es bestimmt bestätigen können.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Nun, Romina Stefanizzi, gibt es noch Anschlussfragen oder ist die Beantwortung so weit zufriedenstellend?

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Nein, die war gut, danke vielmals. Ich habe aber noch eine zweite Frage.

Stephan Wolf, Präsident: Bitte schön!

Romina Stefanizzi, SVP-Fraktion: Diese betrifft die Müllsäcke. Im Januar, Februar hat man die Abfallsäcke ohne Gebührenvignette mit einer roten Etikette versehen und auf die Strasse gestellt. Geht dieses Projekt weiter, denn ich habe nichts mehr gehört? Ist das Projekt beendet? Was waren die Erkenntnisse daraus? Also, ich spreche von den ganz normalen Abfallsäcken.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann gebe ich das Wort der Gemeinderätin Biljana Grasa-revic.

Biljana Grasa-revic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, lieber Rat. Gegenwärtig kann ich Ihnen nicht viel dazu sagen. Ich nehme Ihre Frage aber gerne mit und melde mich dann bei Ihnen am nächsten Termin. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Es ist bei überraschenden Fragen durchaus auch legitim, dass man so vorgeht. Nun habe ich gesehen, dass hinten noch eine Wortmeldung kam ... – gut, nun weiss ich es wieder, Nico Jonasch hat noch eine Frage. Bitte schön!

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zwei Fragen. Es tut mir leid, dass ich sie zuvor nicht eingereicht habe, mir hat schlichtweg die Zeit nicht gereicht. Ich würde sogleich mit der Ersten starten, damit wir nicht zu viel Zeit verlieren. Und zwar: An der Brennerstrasse hat man ja Poller eingebaut, etwa Höhe Brennerstrasse 220, die eigentlich nur durch den Bus, ich glaube wahrscheinlich auch die Feuerwehr hinuntergelassen werden können. Sie

waren nun während längerer Zeit unten, und nun hat man sie durch eine Barriere ersetzt. Es würde mich wundernehmen, weshalb, denn meines Wissens waren sie noch ganz in Ordnung. Es interessiert mich einfach, was der Grund ist.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dazu hat sich Andreas Bammatter gemeldet. Ich übergebe ihm das Wort zur Beantwortung dieser Frage.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Frage. Ich selbst habe mich auch gefragt, denn ich bin ja neu im Ressort. Es ist wirklich so, dass die BLT gesagt hat, so wie diese Boller sind, würde sie nicht mehr durchfahren. Deshalb waren sie auch lange unten. Man hat dann mit der BLT ausgehandelt, dass sie nun eine Barriere installieren und es neu auf diese Weise läuft. Denn man weiss nicht genau, wie der Unfall, der sich ergeben hat, entstanden ist. Man nimmt an, dass der eine Bus ein wenig mehr auf der einen Seite gefahren ist und der andere auf der anderen Seite und dass die Anlage nicht korrekt funktionierte. Es geschah also auf Einwirkung der BLT. Ich hoffe, es hält für die nächsten zwanzig Jahre, damit wir hier nicht alle zwei Jahre darüber debattieren müssen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Andreas Bammatter. Du hast noch eine zweite Frage, Nico Jonasch, bitte schön!

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Ja, und noch eine ganz kurze Nachfrage: Beahlt dies die BLT oder haben wir es bezahlt?

Stephan Wolf, Präsident: Dann gebe ich das Wort wieder an Gemeinderat Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Das kann ich nun im Detail nicht sagen. Ich werde es aber das nächste Mal, an der nächsten Sitzung, verkünden.

Stephan Wolf, Präsident: Prima, auch dies natürlich durchaus legitim.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Die zweite Frage wurde auch an mich herangetragen. Und zwar haben wir ja eine Rangerin angestellt oder angestellt gehabt. Diese Dame wurde nun seit Längerem bei den Hündelern nicht mehr gesehen. Dann hat man mich gefragt, ob wir etwas wüssten. Ich musste sagen, nein, ich weiss eigentlich nichts. Ich habe mir gedacht, ich stelle diese Frage gleich hier. Vielleicht kann man es mir beantworten, sonst würde ich mich freuen, wenn man es beim nächsten Mal beantwortet.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann geben wir dem Gemeinderat noch kurz die Gelegenheit, sich zu beraten, wer darauf antwortet. – Prima, ich gebe das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Auch Danke schön für diese Frage. Sie überrascht auch mich, muss ich ehrlich sagen. Insofern nehme ich sie entgegen und werde es selbstverständlich abklären, um dann entsprechend informieren zu können. Ich hoffe, es ist in Ordnung für diesen spontanen Fall.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, Danke schön. Nico Jonasch hat es ja zuvor schon geäussert, dass es für ihn in Ordnung wäre. Gibt es noch weitere Fragen aus dem Einwohnerrat? Ich gebe das Wort an Lucca Schulz und anschliessend an Tatjana Despotovic.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Meine Frage bezieht sich auf die Einwohnerratssitzung vom Januar 2025, genauer gesagt zum Traktandum betreffend Interpellation betreffend Kunststoffrecycling. Bei dieser Beratung über diese Interpellation wurde angeregt oder ist zur Sprache gekommen, dass man auch für andere Kunststoffe wie z. B. Tetra Pak Sammlungen durchführen oder etwas angehen könnte. Die zuständige Gemeinderätin äusserte an dieser Sitzung, dass sie es mitnimmt und weiterverfolgen würde. Ich würde nun gerne nachfragen, ob es dazu bereits einen Zwischenstand gibt.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich gebe das Wort an Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Rat. Es ging nicht vergessen, es steht immer noch an. Wir haben es einfach aus ressourcentechnischen Gründen bisher nicht konkret weiterverfolgt. Aber es liegt auf dem Tisch und es wird weiterhin angeschaut.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann hat Tatjana Despotovic das Wort.

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Letzte Woche sind in einigen Haushalten fast drohende Briefe von der Gemeinde eingegangen, dass man die Mieterwechsel nicht gemeldet hat und dies Konsequenzen haben sollte. Einige Beispiele, die ich kenne, hatten nie einen Mieter.

Stephan Wolf, Präsident: Das ist insofern richtig, als dass ich diesen Brief auch erhalten habe. Aber wem vom Gemeinderat darf ich das Wort geben? Dann gebe ich das Wort Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank. Auch ich habe diesen Brief erhalten. Dann habe ich angerufen und gefragt, was genau es damit auf sich hat, ob ich irgendwie nicht wisse, wer denn bei mir gemeldet sei, dass man mir attestiert, dass durch die Personenkontrolle tatsächlich niemand bei mir wohnt, was ich selbst auch weiss. Also, ich, meine Frau, meine zwei Kinder. Somit ist es gut. Nein – Spass beiseite. Wenn man dieses Blatt richtig liest, steht da nicht als Vorwurf, dass man es nicht getan hätte, sondern es steht als Feststellung drin, dass man aufgrund unseres Datenschatzes, den wir nun mal haben, immer wieder feststellen musste, dass gewisse Mutationen schlichtweg nicht gemeldet werden. In der Schweiz haben wir nun mal eine Meldepflicht. Wenn solche Dinge passieren sollten, hat man die Leute wieder einmal im Sinn eines allgemeinen Aufwischs darauf aufmerksam gemacht, dass es dann bitte zu vollziehen sei, ansonsten hat es Konsequenzen. Dies ist aber nur eine reine Information, weil wir einfach feststellen, dass diverse Mutationen und Meldungen nicht so eingingen, wie sie hätten sollen. Tatsächlich ist es halt ein gesetzlicher Verstoß. Deshalb haben wir auch diesen Weg gewählt, die Haushalte auf diese Weise anzuschreiben.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Wenn ich mir noch eine Bemerkung erlauben darf: Man hat einfach ein Blatt erhalten, worauf „zur Kenntnisnahme“ angekreuzt ist und dazu das Merkblatt zu diesem Gesetz. Man hätte es vielleicht auch ein wenig einfühlsamer formulieren können, damit die Leute es auch besser verstanden hätten. Dies ist nur eine Bemerkung meinerseits. Aber ich gebe dir noch einmal das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich teile diese Bemerkung und habe es auch so weitergegeben.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Fragen? Das ist der Fall, ich gebe das Wort an Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Es ist eigentlich keine Frage, sondern ein Kommentar: Bitte reicht doch die Fragen im Voraus ein, es kann doch nicht so schwierig sein. Entschuldigung, aber alle diese Fragen jetzt stellen und der Gemeinderat kann sich nicht auf sie vorbereiten ... – so ist das nicht gedacht. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Durchaus sinnvoll, diese Bemerkung, aber halt im Reglement nicht zwingend vorgeschrieben. Gibt es noch weitere Fragen seitens Einwohnerrat? Das ist nicht der Fall. Somit fahren wir mit der Traktandenliste weiter. Eines haben wir ja noch, das wäre Traktandum Nr. 4.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Zwischenbericht zur Motion von Urs Poživil, FDP-Fraktion,
Henry Vogt, SVP-Fraktion, Pascale Uccella, AVP-Fraktion und
Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 24.4.2024, betreffend
Totalrevision Gemeindeordnung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4728 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerliste würde gemäss § 75 unseres Geschäftsreglements wiederum wie folgt aussehen, dass zuerst der Gemeindepräsident Franz Vogt für seine Ausführungen das Wort erhält. Anschliessend werden die Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen an der Reihe,

bevor dann die allgemeine Rednerliste eröffnet wird. In diesem Sinn gebe ich das Wort Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen, liebe Einwohnerräte. Es ist relativ schnell erklärt. Wir haben einen Zwischenbericht zu dieser Motion geschrieben, weil wir Sie gerne bitten möchten, eine Spezialkommission zu bestellen. Dies wäre unser Antrag. Unser Antrag wäre, dass jede Fraktion eine Vertreterin oder einen Vertreter stellen würde, die dann dieses Reglement beraten könnten. Dies wäre unser Antrag.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Dann würde ich nun den 1. Vizepräsidenten bitten, die Rednerliste zu führen, angefangen mit den Vertretungen der Fraktionen und danach mit der allgemeinen Rednerliste.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Die SP-Fraktion unterstützt weiterhin das Vorhaben Totalrevision der Gemeindeordnung. Wir sind auch der Ansicht, dass es grundsätzlich richtig ist, dass man mit der Spezialkommission vorgeht. Eine solche Spezialkommission ermöglicht, dass sich dann wirklich auch jene Einwohnerräte zur Verfügung stellen können, die angemessene, zeitliche Ressourcen für dieses Projekt haben. Nun haben Sie bereits im Vorfeld der letzten Sitzung meinerseits zwei Sachanträge zugestellt erhalten. Da der Antrag des Gemeinderats wahrscheinlich unbestritten ist, würde ich sogleich zu diesen Sachanträgen sprechen.

Im **ersten Sachantrag**, den ich im Namen der SP-Fraktion eingereicht habe, geht es darum, dass die **Spezialkommission nach dem ordentlichen Schlüssel** gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrats bestellt wird. Begründung ist die folgende: Die Gemeindeordnung, die wir dannzumal verabschieden sollten, und auch in der Volksabstimmung bestehen müsste, ist einigermassen ... - man kann sagen, ist quasi die Verfassung von Allschwil. Sie ist das zentrale Dokument, worin wir unsere Organisation der Gemeinde festlegen, und wir revidieren die komplette Gemeindeordnung. Wir stellen also alles auf den Prüfstand. Es ist doch ein sehr gewichtiges Geschäft.

Nun hat der Gemeinderat vorgeschlagen, dass man dafür eine Spezialkommission mit fünf Mitgliedern bildet. Das ist, woran wir uns stören. Denn grundsätzlich müsste der Gemeinderat begründen, weshalb er – normalerweise werden Geschäfte einer normalen Kommission mit sieben Mitgliedern zugewiesen, jetzt macht er es mit fünf. Nun müsste man dies ja vernünftig begründen. Aber in der Begründung des Gemeinderats finde ich dazu einfach nur einen Satz. Man möchte nämlich, dass eine breite politische Diskussion geführt wird und deshalb jede Fraktion eine Vertreterin oder einen Vertreter stellen soll. Diese Begründung konnte uns nicht überzeugen, weshalb man ausgerechnet bei diesem gewichtigen Geschäft vom bewährten Verteilschlüssel abweichen sollte. Es ist nämlich sogar so, dass dieser Fünferschlüssel zum einen diesem Anliegen gar nicht gerecht wird oder nicht in jedem Fall; es wäre denkbar, dass wir eine andere Zusammensetzung von Fraktionen hätten, dann könnte es sein, dass wir sieben Leute dabei hätten oder acht. Es könnte auch sein, dass wir nur drei Fraktionen hätten, dann wäre die politische Diskussion ganz sicher nicht breit.

Zweitens sind wir der Ansicht, dass es, eben gerade auch, weil es ein wichtiges Geschäft ist, viele Ressourcen benötigt, also auch viele engagierte Einwohnerräte. Deshalb wäre es auch besser, wir hätten mehr. Drittens muss man auch feststellen, dass dem Anliegen einer breiten, politischen Diskussion gar nicht Rechnung getragen wird. Denn wir haben hier Fraktionen, welche durchaus auch politisch lagerübergreifend sind. Es stand ja mal zur Diskussion, dass es auf der anderen Seite auch eine grosse Fraktion gibt. Diesem Anliegen würde man auf diese Weise auch nicht gerecht. Wenn man also eine Fünferkommission machen sollte oder wollte, dann müsste man es unserer Meinung nach stichhaltig begründen. Deshalb möchten wir beliebt machen, dass man auf den ganz normalen Verteilschlüssel mit sieben Mitgliedern zurückgeht. Wir haben uns auch bereits in der Vergangenheit immer gegen solche Spezialzusammensetzungen gewehrt, gerade auch bei den Primarschulen. So viel zum ersten Sachantrag.

Nun würde ich sogleich auch den **zweiten Sachantrag** meinerseits kurz begründen, wenn man ihn bitte auch auflegen könnte. Dieser kommt von mir persönlich. Dabei habe ich die Unterstützung von einem Teil oder einem Grossteil der SP-Fraktion, aber nicht von allen, deshalb reiche ich ihn auch nur in meinem Namen ein. Mit diesem Antrag möchte ich eigentlich sicherstellen, dass die **Totalrevision keine reine, umgangssprachlich gesagt «Kopfgeburt»** von der Verwaltung und dem Einwohnerrat wird. Denn, wie zuvor bereits ausgeführt, ist die Gemeindeordnung ein wichtiges Dokument. Ich

denke, solche Revisionen von wichtigen Dokumenten ermöglichen auch immer wieder, einen weiteren Personenkreis für die Politik zu interessieren oder zu begeistern, auch andere Interessenverbände einzubeziehen, die hier im Einwohnerrat vielleicht nicht angemessen vertreten sind. Deshalb wäre der Sachantrag, dass die Spezialkommission nach der Konstituierung mit dem Gemeinderat und der Verwaltung prüft, ob und inwiefern man weitere Mitglieder wie die Einwohner einbeziehen kann, beispielsweise durch Vernehmlassung. Dies war explizit nur ein Beispiel. Es wären natürlich auch andere Möglichkeiten denkbar. Es ist mir klar, dies kann die Spezialkommission auch machen, ich möchte es aber als verbindlichen Auftrag mitgeben. Dies sind meine zwei Anträge. Wie zuvor erwähnt, die SP unterstützt die Stossrichtung des Geschäfts, möchte aber beliebt machen, beim gewöhnlichen Verteilschlüssel zu bleiben, und persönlich möchte ich beliebt machen, dass man den Fächer öffnet und einen weiteren Kreis bezieht. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben das Wort.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wo beginnen wir? Beginnen wir hinten! Der zweite Antrag betreffend die Spezialkommission und die Gemeindeordnung, dass man diese in die Vernehmlassung geben soll, ist gezwungenermassen nicht komplett falsch. Uns erschliesst sich nicht vollkommen, weshalb es ein Antrag ist, dass anschliessend der Gemeinderat mit der Kommission und der Verwaltung prüfen soll. Denn meiner Meinung nach hätte die Verwaltung bei diesem Thema zwar eine beratende Stimme, aber keine abstimmende. Das Gewicht der Verwaltung dürfte da nicht einwirken, weil es den politischen Gepflogenheiten widersprechen würde. Sie können den Gemeinderat sehr wohl beraten, und der Gemeinderat kann dann entscheiden, aber nicht die Verwaltung. Daraus schliesst sich aus unserer Sicht, dass der Antrag nicht ganz richtig formuliert ist. Wir wehren uns aber nicht gegen die Vernehmlassung, sind aber klar der Meinung, dass es kein Antrag ist, sondern in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, dass er nachher, bevor er ein Gesetz zur Abstimmung in den Rat bringen will – er müsste es vorher machen, analog dem, was der Kanton auch macht – eine Vernehmlassung an die Parteien, Interessenverbände und Vereine senden müsste, mit der Gemeinderatsaufgabe, wobei ich davon ausgehe, dass er bei einer Totalrevision der Gemeindeordnung aufgrund seines Pflichtgefühls dieser Aufgabe ohnehin nachkommen müsste und würde.

Zum ersten Antrag, der lang und schön formuliert ist! Um es auf den Punkt zu bringen: Wir hätten gerne die Mehrheit in der Kommission. Dies ist doch der Ursprung dieses Antrags. Dazu sind wir auch noch der Meinung, dass Ruedi Spinnler nicht so kurz vor der Pension davonkommt, ohne den Einwohnerratspräsidenten unterstützen zu müssen, haben wir nämlich folgende Frage: Ob dieser Antrag in dieser Form so überhaupt aus dem Rat gestellt werden kann. Und zwar aus folgender Überlegung. Das Geschäft 4728, welches wir damals eingereicht hatten, spricht die Motion, die auch vom Rat überwiesen wurde, spricht im Antrag klar von einer gemeinderätlichen Spezialkommission. Wenn man dann auf der Gemeindewebsite in der Gemeindeordnung und in den Gesetzen, die wir haben, schaut, was gemeinderätliche Spezialkommissionen sind und welches die Grundlagen dafür sind sowie die Ausführungen zu diesen Grundlagen, dann überlässt dieses Gesetz die Hoheit über die Zusammensetzung ausschliesslich dem Gemeinderat. Deshalb ist es eine gemeinderätliche Spezialkommission. Da wir diese Motion genau so unterstützt haben, ist es eine gemeinderätliche Spezialkommission, und der Einwohnerrat kann gar nicht darüber befinden, in welchem Zusammenhang sie zusammengesetzt sein soll. Sonst hätte der Gemeinderat sie einfach nur als Spezialkommission des Einwohnerrats betiteln müssen. Eine gemeinderätliche Spezialkommission unterliegt nach meiner Rechtsauffassung klar dem Gemeinderat sowohl in Anzahl wie Zusammensetzung, gestützt auf unsere eigene Gemeindeordnung, gestützt auf das Gemeindegesetz des Kantons Basel-Landschaft. Somit ist dieser Antrag gar nicht einbringbar.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Dann möchte ich meine eigene Rechtsauffassung auch noch schnell zu Protokoll geben. Der Gemeinderat nimmt in seinen Erwägungen klar darauf Bezug, dass eine einwohnerrätliche Spezialkommission gebildet wird. Nämlich nach § 17 des Geschäftsreglements. Der Gemeinderat konstituiert mitnichten eine gemeinderätliche, sondern eine einwohnerrätliche Spezialkommission. Deshalb haben wir natürlich jedes Recht, den Verteilschlüssel, respektive die Anzahl der Kommission auch festzulegen. Es ist auch klar, wenn es eine gemeinderätliche Spezialkommission wäre, würde der Einwohnerrat nicht Leute in die Kommission wählen. Also, vielleicht verstehen wir uns da falsch. Auf jeden Fall lautet der Antrag des Gemeinderats auf Konstituierung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission. Nun kann man vielleicht argumentieren, dass er komplett an der Motion vorbeiging, dann müsste man aber fair sein und das Geschäft absetzen oder wir machen es nicht

weiterhin kompliziert und bleiben dabei, es macht Sinn, dass es eine einwohnerrätliche Spezialkommission ist, wir stellen den Verteilschlüssel einfach richtig.

Bezüglich Seitenhieb betreffend die Mehrheiten: Es war klar, dass dieser kommt. Ja, es ist natürlich absolut haltlos. Ich meine, wenn ich von dieser Seite bei gehört habe oder wenn man hören konnte, dass man, wenn es um die Zusammensetzung der Kommissionen geht, eine Fraktion von zwei Parteien bildet, die normalerweise nicht gross zusammenarbeiten oder sehr eingeschränkt, dann fällt dieser Vorwurf einfach wieder komplett zurück. Insofern bleiben wir doch ehrlich, wir haben einfach diesen Verteilschlüssel von sieben Leuten. Die Wahlergebnisse sind so, wie sie sind. Es ist nun mal so, dass bei einer Siebenerkommission Sitze so fallen, wie sie sind. Wir würden jederzeit dafür sein, dass einwohnerrätliche Kommissionen nach dem Verteilschlüssel bestellt werden, den wir haben. Einfach, dies auch noch dazu erwähnt.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Einfach zur Präzisierung. Die Motion spricht von einer gemeinderätlichen Kommission. Diese Motion wurde durch den Einwohnerrat überwiesen und somit hat sie rechtsgültigen Charakter, dass es eine gemeinderätliche Kommission ist. Da kann man nun den Kopf schütteln, ist einfach so, dann schüttelst du den Kopf länger, ändert trotzdem nichts. Wir haben mit dieser Motion eine gemeinderätliche Kommission überwiesen. Genau so steht es im Text der Motion. Ich würde vorschlagen, dass man es liest. Der Gemeinderat beschliesst nirgends in seinem Antrag, dass es eine einwohnerrätliche Spezialkommission ist. Das Wort fehlt – du kannst weiter den Kopf schütteln. *«Für die Beratung des Geschäfts Totalrevision der Gemeindeordnung wird eine Spezialkommission eingesetzt.»* Er hat nicht «einwohnerrätliche» vorangestellt. Muss er auch nicht, weil er ja den Auftrag zur Spezialkommission über die Motion erhalten hat, die eine gemeinderätliche Spezialkommission ist.

Zweitens: *«Mit dem Beschluss des Einwohnerrats zur Totalrevision ist die Aufgabe der Spezialkommission erledigt und die Kommission wird durch den Rat aufgelöst.»* Dies kann er auch machen. Dann drittens: *«Der Einwohnerrat wählt aus seiner Mitte [...]»* Nur, weil der Einwohnerrat aus seiner Mitte wählt, wird es nicht automatisch eine einwohnerrätliche Kommission, denn der Gemeinderat darf per Gesetz bestimmen, wer in seine Kommission kommt. Er hätte nun fünf Bürger bestimmen können, er hätte es ausschreiben können und sagen, man kann sich melden. Er hat, wahrscheinlich in der Annahme, dass es am sinnvollsten ist, Leute aus dem Einwohnerrat zu nehmen, weil es danach hier diskutiert wird, beschlossen, sie auch im Einwohnerrat als Mitglieder zu belassen.

Wir hatten übrigens andere Spezialkommissionen, wogegen ihr euch nicht gewehrt habt und die nicht nach Fraktionsstärken waren, z. B. Spezialkommission Parkraumbewirtschaftung war genauso eine. Dann hatten wir schon einmal z. B. eine gemeinderätliche Spezialkommission, als es um die neue Gemeindestruktur ging, diese lag auch in der Kompetenz des Gemeinderats. Damals hat er beschlossen, dass er sowohl Dritte nimmt, als auch Leute aus dem Einwohnerrat, und auch nicht nach dem Verteilschlüssel. Wir hatten aber trotzdem aus dem Einwohnerrat Leute drin, die nach keinem Berechnungsschlüssel drin waren, sondern nach Anfrage durch den Gemeinderat. Da hat er zwar von jeder politischen Seite, ich glaube, wenn es mir recht ist, zwei Personen genommen, um beide Meinungen abbilden zu können. Und jetzt – noch einmal – gibt er nur seiner Möglichkeit Ausdruck, also er nimmt sein Recht wahr, dass er entscheiden darf, wie er sie besetzen will. Er sagt, ich entscheide meine Besetzung so, indem ich dem Einwohnerrat die Möglichkeit gebe, fünf Leute aus ihren Fraktionen zu wählen. So. Damit hat er nur abgetreten, was ihm zusteht. Er hat sich dafür entschieden.

Am Schluss steht: *«Die Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung konstituiert sich selbst und teilt das Resultat der Konstituierung dem Sekretariat des Einwohnerrats mit.»* Da geht es nur darum, wer ist der Präsident, um die Sitzung zu organisieren oder wer ist der Sekretär, um das Protokoll zu schreiben. Das ist das, was man in der konstituierenden Sitzung macht oder dort, wo sie sich selbst konstituiert. Das ist das, was er macht. Es bleibt aber eine gemeinderätliche Kommission, weil er nirgends von einer «einwohnerrätlichen» Spezialkommission schreibt. Er nimmt das Wort Spezialkommission, gestützt auf die Motion, die eine gemeinderätliche Spezialkommission ist. That's fact und nichts anderes.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker, Sie haben sich noch gemeldet.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Anwesende. Wir haben diesen Text auch mehrfach gelesen. Denn eigentlich widerspricht sich der Text in der

Beschreibung mit den eigentlichen Anträgen. In der Beschreibung steht, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat beantragt, eine Spezialkommission einzusetzen. Was nach unserem Verständnis die Interpretation von Lucca ist, nämlich, dass es eine einwohnerrätliche Spezialkommission ist. Wenn man die Anträge selbst liest, sind wir bei Florians Interpretation. Wir könnten es natürlich vereinfachen, indem wir z. B. den dritten Punkt wegstreichen: *«Der Einwohnerrat wählt aus seiner Mitte je eine Vertreterin resp. einen Vertreter pro Fraktion in die Kommission Totalrevision der Gemeindeordnung.»*, dann würden wir es dem Gemeinderat komplett übergeben. Dies wäre wahrscheinlich eher das, was Florian bevorzugen würde.

Grundsätzlich stellen wir uns aber zur Position der SP, dass wir denken, diese Kommission muss das Mehrheitsverhältnis im Rat abbilden, denn sonst haben wir nachher eine Variante der Gemeindeordnung, die hier nicht mehrheitsfähig ist. D. h. wir müssen etwas haben, was im Rat nachher auch Hand und Fuss und Chancen hat, um durchzukommen. Sonst würde ich als Option vorschlagen, dass man Punkt 3 einfach streicht, dann den Zusatzantrag nicht benötigen, und der Gemeinderat nach seinem eigenen Gutdünken entscheiden kann. Dies als Option zu diesen Vorschlägen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Stellst du einen entsprechenden Antrag oder kann man es ...?

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich stelle diesen Antrag, dann stimmen wir auch noch über diesen ab.

Stephan Wolf, Präsident: Okay.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kollegen. Mich würde nun eigentlich gleichwohl noch wundernehmen, was die Rechtsabteilung der Gemeinde zu sagen hat. Denn Florian Spiegel hat ja auch eine direkte Frage gestellt. Ich glaube, das wäre schon noch interessant zu wissen, was juristisch richtig wäre oder ist.

Ruedi Spinnler, Rechtsdienst: Ja, meine Meinung ist, dass der Text der Motion eigentlich deutlich ist, dass eine gemeinderätliche Kommission vorgeschlagen wird, und deshalb eine gemeinderätliche Kommission bleibt, und die Anträge am Schluss dem nicht widersprechen. Im Text schon. Da muss ich Herrn Jucker recht geben. Im Text gibt es eine gewisse Unsicherheit. Die Anträge schliessen dies wieder nicht aus.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Für das Protokoll: das war Ruedi Spinnler vom Rechtsdienst der Gemeinde Allschwil. Ich möchte Mehmet Can bitten, die Rednerliste fortzuführen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz, noch einmal!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ja, dann stelle ich nun die Frage doch an den Urheber von dieser Ungenauigkeit, denn das ist eigentlich massgebend. Was war die Auffassung des Gemeinderats, als er es verabschiedet hat? Ging er von der Konstituierung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission aus und hat dies dem Einwohnerrat vorgeschlagen oder ist er tatsächlich davon ausgegangen, dass er eine gemeinderätliche Spezialkommission mit fünf Mitgliedern bilden möchte?

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Gemeindepräsident Franz Vogt, Sie haben das Wort!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Ja, es war tatsächlich so, dass man sich ein wenig über die Formulierung „gemeinderätliche Kommission“ wunderte. Unser Punkt war: Wir wollen das abbilden, was in der Bevölkerung letztlich ... – dass man eine gute Abbildung davon hat. Wie es erwähnt wurde, dass am Schluss eine Volksabstimmung benötigt und unser Vorschlag ist der, dass man, wenn man aus jeder Fraktion jemanden nimmt und wählt, wer kann besser wählen als der Einwohnerrat, deswegen kamen wir darauf, dass man aus jeder Fraktion jemanden nehmen soll, und auf diese Weise wählt. Wir haben diesen Vorschlag darauf abgestützt. Ja, klar, die Motion spricht von einer gemeinderätlichen Kommission. Mehr kann ich nicht sagen. Die Motionäre fragen, was genau wirklich gemeint ist ... Ja, aber es ist eigentlich eindeutig, es steht „gemeinderätliche“ Kommission.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Rechtsdienst hat gesagt, wie es ist. Zu diesem Zweck ist er hier, und ich glaube, eine weitere Diskussion ist einfach unnötig, wenn der Rechtsdienst es so bestätigt. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Wir würden sonst ein kleines Time-out mit den Fraktionspräsidien vorschlagen, damit wir schnell Zwischensprache nehmen können. Ist das eine Option? Müssen wir darüber abstimmen, ich weiss gar nicht, oder kannst du es ...?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Ich halte es für eine ausgezeichnete Idee, weil hier Irritationen entstanden sind. Deshalb ordne ich nun in eigener Kompetenz ein kurzes Time-out von zehn Minuten an.

TIME-OUT

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen, lieber Gemeinderat und Mitglieder des Büros vom Einwohnerrat. Darf ich bitten, Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können? Nachdem das Time-out beendet ist und das Time-out von dir, Christian Jucker beantragt wurde, möchte ich gleich dir das Wort übergeben, ob ihr zu einem Ergebnis gekommen seid. Einfach, damit es zuhänden des Protokolls klar ist.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich möchte das Wort gleich an Lucca Schulz geben, weil er seinen Antrag entsprechend angepasst hat. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dann übergebe ich das Wort an Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Merci vielmals. Zu einer Einigung sind wir in der Sache nicht gekommen. Wir sind aber zur Einigung gelangt, dass ich meinen Antrag oder den Antrag der SP nun präzisiert habe, wobei ich denke, dass er in jedem Fall zulässig wäre oder ist. Und zwar führen wir nun explizit aus, dass der Einwohnerrat aus seiner Mitte sieben Personen in eine einwohnerrätliche Spezialkommission Totalrevision der Gemeindeordnung wählt. Und einfach dann für die Zusammensetzung den ordentlichen Schlüssel anwendet, damit wird nun offengelassen, die Diskussion, ob gemeinderätliche oder einwohnerrätliche Spezialkommission, was der Urheber damit gemeint hat. Wir, der Einwohnerrat, haben nun die Möglichkeit, über diesen Antrag abzustimmen. Wenn wir ihn annehmen, dann legen wir fest, wir machen eine einwohnerrätliche Spezialkommission, das hätten wir ohnehin machen können, auch wenn der Gemeinderat von Anfang an gesagt hätte, er möchte eine Gemeinderätliche. Wir hätten diesen Antrag stellen können und sagen, es ist eine Einwohnerrätliche. Es ist offensichtlich unklar, was der Urheber effektiv gemeint hat. Deshalb möchte ich noch einmal beliebt machen, dass wir über diesen Antrag abstimmen, dann haben wir Sicherheit, was der Wille des Rats ist. Dann geht es in die eine oder andere Richtung.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt, auch Ihnen gebe ich fairerweise zum dritten Mal das Wort.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Vielen Dank, dass du mit mir so fair bist. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist so, dass es einfach falsch ist. Es ist grundlegend falsch. Man müsste die Motion ändern. Den Text, den Wortlaut der Motion müsste man ändern, dann könnte man Anträge stellen. Denn es ist klar in der Motion beschrieben, was gewollt ist. Das hat uns der Rechtsdienst klar mitgeteilt, und beim Nachfragen ist genau dies dabei herausgekommen. Wir können hier nicht via Antrag das Ganze ändern, weil die Motion klar und deutlich beschrieben ist. Ihr dürft nicht vergessen, was ihr da nebenan macht, ist einfach ... – weil bei einem Text vier Wörter vielleicht nicht eindeutig beschrieben sind, dass man es da umdrehen will, ist einfach nicht rechtens. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil, zum Zweiten!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich muss trotzdem noch einmal auf die Ausgangslage zurückgehen. Denn ich meine, als die Motionen überwiesen wurden, zwei Motionäre sitzen immer noch hier, das ist Henry und ich, war die Überweisung mit 22 Ja-Stimmen ein klares Ergebnis. Dieser Antrag ist klar, die gemeinderätliche Spezialkommission sollte gebildet werden. Die Motion wurde mit einem Wortlaut überwiesen, und man hat sie im Rat für richtig befunden. Jetzt ändert man es oder hebt es mit einem Antrag aus? Ist das wirklich rechtlich möglich? Also ich bin kein Jurist, aber mir kommt es Spanisch vor, da bin ich wirklich ehrlich.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Darf ich sogleich das Wort an Ruedi Spinnler geben?

Ruedi Spinnler, Rechtsdienst: Grundsätzlich kann der Einwohnerrat eine Motion, die er einst angenommen hatte, übersteuern, wenn er das möchte. Grundsätzlich spricht rechtlich nichts dagegen, dass der Einwohnerrat es könnte, wenn er auf den Beschluss zurückkommen und abändern möchte. Deshalb überlasse ich es euch.

Stephan Wolf, Präsident: Wenn ich vielleicht noch ergänzend dazu bemerken darf: So gerade ad hoc gesagt, ist der grosse Unterschied zwischen gemeinderätlicher Spezialkommission und einwohnerrätlicher Spezialkommission, welche es durchaus auch gibt, natürlich der, dass die gemeinderätliche Spezialkommission ihren Bericht zuhanden des Gemeinderats verfasst und nicht zuhanden des Einwohnerrats. Gerade bei der Totalrevision der Gemeindeordnung wäre dann der weitere Vorgang der, dass die Kommission den Bericht zuhanden des Gemeinderats verfasst, der Gemeinderat dann eine Vorlage ausarbeitet, und diese wird dem Einwohnerrat zur Beratung unterbreitet.

Nun zur Frage, kann man solche Anträge stellen oder nicht: Also jeder Antrag, der nicht explizit verboten ist oder durch das Geschäftsreglement für unzulässig erklärt wird, kann man natürlich stellen. Dann ist es Sache des Gesamteinwohnerrats, über den Antrag zu entscheiden. Dies noch eine kurze Bemerkung. Dann würde ich gerne weitermachen. Ich gebe zuerst das Wort an Matthias Häuptli, er war zuerst, und dann würdest du, Florian Spiegel, erhalten.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es scheint nun ein wenig ein Durcheinander zu sein. Ich glaube aber, es lässt sich gar nicht so schwierig auflösen. Die gemeinderätlichen Kommissionen liegen in der Hoheit des Gemeinderats und die einwohnerrätlichen liegen in der Hoheit des Einwohnerrats, wie man sie einsetzt und wie sie sich konstituieren. Dies ist, glaube ich, erst mal klar. Die **Motionäre haben empfohlen**, dass der Gemeinderat eine gemeinderätliche Spezialkommission einsetzt. Es war richtigerweise eine Empfehlung, denn man konnte es dem Gemeinderat ja gar nicht aufdrücken, dass er es machen muss, sondern man konnte es nur empfehlen.

Nun haben wir aber einen Bericht, mit welchem der Gemeinderat nicht einfach selbstständig wie empfohlen eine gemeinderätliche Spezialkommission eingesetzt hat, sondern er kommt zum Einwohnerrat und sagt, der **Einwohnerrat soll** nun hier **beschliessen, eine Spezialkommission einzusetzen**. Und wenn der Einwohnerrat beschliesst, eine Spezialkommission einzusetzen, dann ist es automatisch eine einwohnerrätliche, weil sonst müsste er uns ja gar nicht fragen. Der Gemeinderat ist also so generös und überlässt es quasi uns, dass wir die Kommission einsetzen. Das ist dann auch folgerichtig, was da alles beantragt wird. Er sagt auch, Punkt 2 der Anträge: Sie wird durch den Rat aufgelöst. Und folgerichtig wählt auch der Einwohnerrat die Vertreter, und die Kommission konstituiert sich selbst und teilt das Resultat nicht dem Gemeinderat mit, sondern dem Sekretariat des Einwohnerrats. Es ist alles sehr logisch, was der Gemeinderat hier vorgeschlagen hat und lässt keinen anderen Schluss zu, als dass es eine einwohnerrätliche Kommission ist. Es mag nicht die ursprüngliche Absicht der Motionäre gewesen sein, aber es ist das, was uns jetzt vorliegt als Antrag des Gemeinderats. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Laura Neuhaus, Sie haben sich auch zum Wort gemeldet.

Laura Neuhaus, FDP-Fraktion: Ich wollte einfach mal noch anmerken, der Text der Motion selbst ist klar. Der lässt wenig Diskussionspielraum. Das Einzige, was sich jeder fragen kann, ist, ob allen bewusst war, als sie über die Motion abgestimmt haben, welche Tragweite die Abstimmung effektiv hat – kann man nun auf die eine oder andere Weise diskutieren. Aber einfach so von der Konsistenz her, dass man zuerst in der Motion etwas Klares formuliert, es annimmt und dann nachher plötzlich, weil es einem doch nicht mehr ganz passt, findet, oh Mist, wir hatten dies bisher nicht bedacht, und dann versucht, zurückzurudern, indem man irgendwie versucht, sonderbare Gesetzesauslegungen zu machen, finde ich etwas schwierig, so ein wenig auch von der Rechtssicherheit her usw. Ich verstehe die

Argumente, die vorgebracht wurden, dass man es eben auch könnte, weil der Gemeinderat es eben nun noch einmal zur Abstimmung gibt. Vielleicht auch, um noch ein wenig Zustimmung pro forma zu erhalten, das weiss ich nicht. Ja, insgesamt würde ich bei dem bleiben, was man abgemacht hat. Ja, ansonsten haben wir immer wieder Diskussionen darüber. Dann kann man in einem Moment so entscheiden und plötzlich, wenn man merkt, es passt einem nicht mehr, entscheidet man wieder anders.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr René Amstutz!

René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde mich sehr gerne an Matthias Häuptli anschliessen. Wenn ich den Bericht des Gemeinderats betrachte, und da bin ich etwas überrascht, was nun der Gemeinderat sagt, dass es eine gemeinderätliche Kommission ist. Er stützt sein ganzes Argumentarium auf § 26 Geschäftsreglement des Einwohnerrats. Das ist genau der Paragraph oder der Artikel, der sagt, es ist eine einwohnerrätliche Spezialkommission. Also eigentlich sollte nun der Gemeinderat sagen, er will keine gemeinderätliche Kommission, sondern eine einwohnerrätliche Kommission. Denn er stützt sein ganzes Argumentarium darauf. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, auch Sie dürfen zum dritten und letzten Mal das Wort haben.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ja, besten Dank. Danke schön an gewisse Vorredner, die es bereits erwähnt haben. Ich betone es noch einmal fürs Protokoll. Es ist doch nicht richtig, Entschuldigung Lucca, wenn du nun hier sitzt und sagst, es ist nicht klar, was der Motionär wollte. Das finde ich nun wirklich nicht richtig. Urs hat es zuvor erwähnt: Von vier Motionären sitzen zwei hier, und sie haben eine klare Meinung. Zu sagen, es sei unklar, was sie wollen, ist nicht richtig. Du kannst eine andere Meinung haben, aber die Motionäre wissen, was sie meinen. Das ist mal das eine. Das Zweite ist, noch einmal, um es klarzustellen: Wir haben eine Motion mit einem deutlichen Mehr überwiesen. Wir werden nicht noch einmal ein solch deutliches Mehr erhalten, welches eine andere Meinung als diese hat. Darin steht: *«Gestützt auf § 43 Abs. 2 des Geschäftsreglements beauftragt der Einwohnerrat den Gemeinderat, eine Totalrevision der Gemeindeordnung zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen.»* Euch ist hoffentlich schon klar, dass nicht die Spezialkommission die Gemeindeordnung revidiert, dass es der Gemeinderat macht und sie dann vorlegt. Wenn ihr die Idee hattet, die Spezialkommission macht das und ihr deshalb sieben Sitze haben wollt und von diesen vier, dann ist es eine Fehlüberlegung. Nicht die Kommission macht die Arbeit. Der Antrag war klar: Der Gemeinderat erarbeitet die Totalrevision der Gemeindeordnung. Dann empfiehlt er dem Gemeinderat, für die Ausarbeitung eine gemeinderätliche Spezialkommission einzusetzen, die er beiziehen kann, um es mit ihr zu machen. Es ist nicht so, dass er es einfach abgeben kann und wir machen dann einfach alles. Dort sollen dann im Einwohnerrat vertretene Parteien angemessen vertreten sein. Auch dort kann man darüber diskutieren, ob es ein wenig unglücklich ist. Er hätte für diese Spezialkommission nicht nur Einwohnerräte nehmen müssen. Er hätte vielleicht gut daran gemacht, wenn er vielleicht auch noch Dritte genommen hätte, die nicht zwingend dem Einwohnerrat angehören.

Die Erläuterung, weshalb wir es wollen, ist ja auch klar. Wir sagen, der Gemeinderat selbst hat informiert, dass er plant, eine Teilrevision vorzunehmen. Er hatte sie ja selbst angestossen und einen Teil davon umsetzen wollen. Wir haben nur gesagt, dann macht doch bitteschön gleich die Komplette und nicht nur einen Teil. Deshalb ist die Motion klar. Die Motionäre sind klar. Man wird für die Überweisung kein solch deutliches Ergebnis mehr hinbekommen. Was eine externe Rechtsprüfung davon zugrunde legen würde, steht dann auch aus. Wir müssen ehrlich sagen, wenn wir es nun auf diese Weise verdrehen, müssen wir uns ernsthaft überlegen, ob man es im Anschluss an die Rechtsprüfung dieses Geschäfts so will. Denn man kann wirklich nicht eine Motion so deutlich überweisen und dann einfach plötzlich alles darin ändern wollen.

Es geht so ein wenig mehr in diese Richtung, dann muss ich offen gestanden sagen, dann wäre es vor bald sinnvoller, dass der Gemeinderat, und das meine ich, kann er immer noch, da bin ich nun ehrlich gesagt auch nicht ganz sicher, dass er selbst nun das Geschäft zurückziehen könnte, dann wäre es vom Tisch. Dann kann er noch einmal drüberschauen, was will er wirklich genau, was war seine Idee, will er uns gleichwohl beauftragen, Danke schön für die gemeinderätliche Kommission, wir wollen lieber eine einwohnerrätliche Kommission. Es scheint mir bald der sauberste Weg, wenn er es zurückziehen würde, um auch über die Widersprüchlichkeit von Text und Anträgen noch einmal beraten zu können. Ich glaube, in dieser Extrarunde vergeben wir uns in diesem Geschäft nichts. Ich würde es dem Gemeinderat stark ans Herz legen, dass er es zurückzieht, das Geschäft noch einmal

gemeinschaftlich bespricht und noch einmal kommt, damit wir Klarheit hier haben und nicht so im Detail ausdiskutieren müssen. Herzlichen Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Gemeindepräsident Franz Vogt, Sie haben das Wort.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Der **Gemeinderat zieht den Bericht zurück**. Aber noch einmal zu sagen: Ganz so ein Buch mit sieben Siegeln ist eine solche Gemeindeordnung nicht. Wir haben gedacht, wir machen es auf diese Weise. Aber wir gehen noch einmal über die Bücher und bringen euch einen neuen Vorschlag. Wir ziehen also das Geschäft zurück.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Und vielleicht noch ein kleiner Tipp von mir für die Zukunft: Wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat beantragt, es soll eine Spezialkommission eingesetzt werden, dann ist es nach meinem Dafürhalten automatisch eine einwohnerrätliche Spezialkommission. Wenn der Einwohnerrat dies nicht will, diese Frage hat sich nun aber erübrigt, dann müsste man bereits den ersten Antrag ablehnen. Dann wären alle anderen Anträge obsolet geworden. Wir haben nun genau dasselbe Ergebnis, indem der Gemeinderat das Geschäft oder die Anträge zurückgezogen hat. D. h. natürlich, dass die **Motion 4728 A** selbstverständlich **bestehen bleibt** und weiterhin behandelt werden muss mit einem neuen Bericht des Gemeinderats. Damit **erübrigt** sich auch **jede Abstimmung**. Das **Geschäft** wurde **zurückgezogen**.

Wir sind somit auch ..., aber bevor ich – nur ganz kurz – wir sind damit auch am Ende der Traktandenliste.

Bevor ich diese Sitzung schliesse, möchte ich es nicht unterlassen, **Ruedi Spinnler** nun auch noch **offiziell** von seinem Amt als Jurist der Gemeinde Allschwil zu **verabschieden**. Er wird jetzt dann pensioniert. Ich möchte es auch nicht unterlassen, ihm für seine Dienste, die er für die Gemeinde Allschwil und auch für den Einwohnerrat Allschwil geleistet hat, zu danken. Und ich denke, das ist auch einen Applaus wert. *[Applaus]*

Ich wünsche dir, Ruedi Spinnler, für deine weitere Zukunft alles Gute und dass du nun auch einen schönen Lebensabend, vermehrt mit Familie oder Freunden oder was auch immer, geniessen kannst, und dass du natürlich auch die Gemeinde Allschwil in guter Erinnerung behältst.

Ruedi Spinnler, Rechtsdienst *[im Hintergrund]*: Absolut!

Stephan Wolf, Präsident: Prima. Damit wären wir nun definitiv am Ende dieser Sitzung. Wie gesagt, bitte räumt den Saal zügig. Dies ist ein Wunsch des Hauswarts. Im Foyer kann weiterdiskutiert werden. Aber für heute ist die Sitzung geschlossen.

Herzlichen Dank und Tschüss zämme!

ENDE DER SITZUNG 20.50 Uhr